: antifaschistische nachrichten
Nr. 6
g 3336 24.3.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

NPD verpasst Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt

Trotz einer massiven Materialschlacht im Wahlkampf ist die NPD nicht in den Landtag von Sachsen-Anhalt eingezogen. Mit 4,6 % (45697 Stimmen) scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde. 2006 hatte die DVU 12,6 % der Wählerstimmen erhalten. Nun wollte die NPD in ihre Fußstapfen treten. Das ist daneben gegangen. Die Kampagne „Kein Ort für Neonazis" zieht Bilanz:

Das Scheitern der NPD ist nicht zuletzt ein Erfolg für die vielen Einzelpersonen, Initiativen und demokratischen Parteien, die sich in den vergangenen Wochen gegen die NPD und ihre rechtsextreme Propaganda engagiert haben. Die NPD hat ihr Ziel, nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in ein drittes Landesparlament einzuziehen, nicht erreicht. Damit hat die Partei einen Rückschlag für ihre Strategie der gesellschaftlichen Verankerung erlitten. Die NPD kann in den kommenden Jahren damit nicht wie geplant auf die umfangreiche Infrastruktur und finanzielle Ausstattung einer Landtagsfraktion zugreifen.

Bei aller berechtigten Freude über diesen demokratischen Erfolg: Entwarnung ist hier fehl am Platz. Es wäre gefährlich, sich jetzt zurückzulehnen und zu glauben, das Problem Rechtsextremismus hätte sich erst einmal erledigt. Rechte Gewaltstraftaten und Aufmärsche wie zuletzt in Dessau belegen, dass von Neonazis immer noch eine Gefahr ausgeht. Zudem sind rechtsextreme Positionen nicht auf die extreme Rechte beschränkt. Menschenfeindliche Einstellungen und antidemokratische Ressentiments finden sich in weiten Teilen der Bevölkerung. Es gilt also wachsam zu bleiben. Ob in der Schule, im Sportverein oder in der Straßenbahn – kein Ort für Neonazis und kein Platz für Rassismus!

Kampagne Kein Ort für Neonazis

Zu Jahresbeginn hatten Miteinander e.V. und die Amadeu Antonio Stiftung die Kampagne „Kein Ort für Neonazis in Sachsen-Anhalt" ins Leben gerufen. Mit der Kampagne setzten sie gemeinsam mit Bürger/innen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Parteien der rechtsextremen Propaganda demokratische Argumente entgegen. Ziel war es, den Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern.

http://keinortfuerneonazis.blogsport.de ■



Plakatkampagne antifaschistischer Gruppen in Sachsen-Anhalt

„JA zur Zukunft und NEIN zu den Ewiggestrigen"

Gemeinsame Erklärung der Parteien

Sachsen-Anhalt. In seltener Eintracht riefen die fünf großen demokratischen Parteien (CDU, LINKE, SPD, B90/Grüne und FDP) in einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, am Sonntag, 20.3., zur Wahl zu gehen, um den Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern. In der Erklärung heißt es:

„Die NPD ist eine rassistische und antidemokratische Partei, die in der Tradition des historischen Nationalsozialismus steht. Sie leugnet die Grundsätze der Gleichheit und Freiheit aller Menschen und bekämpft so die wesentlichen Grundlagen unseres Gemeinwesens. Wir machen als Demokratinnen und Demokraten, die den Werten der Menschenwürde und der Freiheit verpflichtet sind, deutlich, dass eine Zusammenarbeit mit der Nazipartei NPD für uns niemals in Frage kommen wird – weder im Landtag, noch außerhalb.

In den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Kommunalparlamenten in unserem Land beweist die NPD bereits, dass sie nicht an den Problemen der Menschen interessiert ist, sondern lediglich eine Plattform sucht, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. ...

Viele Menschen, die die NPD wählen, mögen denken, dass sie damit ihrem Protest gegen Missstände in unserer Demokratie Ausdruck verleihen können. Tatsächlich aber stärken sie eine Partei, die die Demokratie und die damit die Möglichkeiten auf Mitbestimmung aktiv bekämpft.

Viele Menschen, die die NPD wählen, mögen denken, dass sie damit gegen soziale Ungerechtigkeit protestieren können. Tatsächlich aber stärken sie eine Partei, die die Ungleichheit zwischen den Menschen zum Prinzip machen will.

Viele Menschen, die die NPD wählen, mögen denken, dass sie damit eine Oppositionspartei unterstützen. Tatsächlich aber stärken sie eine Partei, die heute in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern die Landtage als Bühne für ihre Propaganda nutzt statt an Sachthemen orientiert zu arbeiten.

... Durch Ihre Wahlbeteiligung können Sie dafür sorgen, dass im Landtag kein Platz für die NPD ist. Gehen Sie deshalb wählen! Wählen Sie demokratisch! Verteidigen Sie Ihr Recht auf Mitbestimmung gegen die Feinde der Freiheit und der Demokratie! Verteidigen Sie unser liebenswertes und weltoffenes Sachsen-Anhalt! Sagen Sie JA zur Zukunft und NEIN zu den Ewiggestrigen!

Gehen Sie wählen, damit die Nazis keine Chance haben!

gez. Dr. Claudia Dalbert, B90/Die Grünen; Dr. Reiner Haseloff, CDU; Wulf Gallert, DIE LINKE; Veit Wolpert, FDP; Jens Bullerjahn, SPD ■

Aus dem Inhalt:

Straßenumbenennung in Hannover

HANNOVER. Eine nach dem Kolonialoffizier Paul von Lettow-Vorbeck benannte Straße in Hannover darf umbenannt werden. Der Rat der Stadt und der Bezirksrat hatten sich für eine Umbenennung ausgesprochen, eine Mehrheit der Anwohner dagegen. Ein Malermeister hatte gegen die Entscheidung Klage beim Verwaltungsgericht erhoben, und verloren.

Das Festlegen von Straßennamen obliege ausschließlich der Mehrheit im demokratisch gewählten Stadtrat, entschieden die Richter. Der Anwalt des Klägers griff das Gutachten des Historikers Helmut Bley heftig an. Es sei „tendenziös, unvollständig und falsch“. Lettow-Vorbeck habe „nichts anderes getan als andere Soldaten auch“. Der 1870 in Saarlouis geborene Berufsoffizier war schon 1900/1901 an der Niederschlagung des Boxer-Aufstands in China beteiligt gewesen. Während seiner Zeit als Hauptmann im kolonialen Deutsch-Südwest (1904-1907) wurden viele Hereros und Hottentotten ermordet. 1914 wurde er Kommandeur der „Schutztruppe“ in Deutsch-Ostafrika, aber nach seiner Teilnahme am Kapp-Putsch 1920 aus der Reichswehr entlassen. 1928 zieht er für die „Deutschnationale Volkspartei“ in den Reichstag ein. Nach der Machtübertragung an die Nazis gehörte das langjährige „Stahlhelm“-Mitglied der SA-Reserve an. Nach Lettow-Vorbeck benannte Straßen gibt es nun noch in neun Städten. *hma* ■

Proteste gegen „Lebensschützer“

MÜNSTER. Lediglich etwa 150 Menschen folgten am 12. März einem Aufruf von „EuroProLife“ zum „1000-Kreuze-für-das-Leben“-Marsch im westfälischen Münster. Die von GegendemonstrantInnen umringten „Lebensschützer“ konnten erst mit großer Verspätung losziehen. Die Polizei kesselte viele GegendemonstrantInnen ein, konnte aber nicht verhindern, dass die Proteste gegen den Marsch fortgeführt wurden. Die Polizei stellte bei rund 105 (!) GegendemonstrantInnen die Personalien fest und will gegen diese Ermittlungsverfahren wegen „Versammlungssprengung“ einleiten. Den nächsten „1000-Kreuze-für-das-Leben“-Marsch will „EuroProLife“ am Samstag, den 21. Mai 2011, in München durchführen. Dieser soll um 14.30 Uhr auf dem Sendlinger-Tor-Platz beginnen. *hma* ■

Zweite Ausgabe erschienen

WERDER/HAVEL. Vertrieben vom „Kai Homilius Verlag“ in Werder/Havel ist die zweite Ausgabe der Zeitschrift „Compact“ erschienen. Laut Eigenwerbung will „Compact“ „demokratische Linke und demokratische Rechte, Moslems und Islamkritiker im offenen Dialog zusammenbringen“. Der „Kai Homilius Verlag“, der sich als „politisch nicht korrekt“ bezeichnet und für dessen Inhaber „das alte rechts-links-Schema unbrauchbar geworden ist“, wurde 1994 als Verlag für Reiseführer gegründet. In seinem Editorial bedauert Chefredakteur Jürgen Elsässer, dass „der patriotische Gedanke“ in Deutschland – anders als angeblich in Frankreich – „bei den hiesigen Achtundsechzigern nie angekommen“ ist. Im neuen Heft finden sich u.a. ganzseitige Anzeigen des extrem rechten Grazer „Ares Verlag“ und der „Preußischen Allgemeinen Zeitung. Das Ostpreußenblatt“. Neben einem Beitrag des Kölner „Junge Freiheit“-Kolumnisten Rolf Stolz gibt es u.a. Interviews mit dem ehemaligen BDI-Chef Hans-Olaf Henkel, auch Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, und dem ehemaligen CDU-Minister Jürgen Todenhöfer. Ab Mai will „Compact“ monatlich erscheinen.

hma ■

Aufbauarbeiten in NRW

KÖLN. Nach mehreren Treffen in Düsseldorf versammelten sich am 27. Februar im so genannten Kapellchen des Cölner Hofbräu P. Josef Früh in der Kölner Altstadt – nach eigenen Angaben – über 100 Anhänger der Partei „Die Freiheit“, um den Bundesvorsitzenden und ehemaligen CDU-Mann Rene Stadkewitz aus Berlin zu hören. Im Frühsommer sollen die Basisstrukturen der neuen Partei, die sich an dem niederländischen Rechtsausleger Geert Wilders orientiert, soweit stehen, dass ein Landesverband in NRW gegründet werden kann. *hma* ■

Antifaschistische Open Air Konferenz

GELSENKIRCHEN. Am 13.3. führte PRO NRW in Gelsenkirchen erneut in Schloss Horst einen „Jahresempfang“ durch. Es formierte sich dagegen Protest. Die SJD - Die Falken in Kooperation mit der Antifaschistischen Jugend-Koordination Gelsenkirchen (AJK) führten auf dem Josef-Büscher-Platz ihre erste offizielle „Antifaschistische Open Air Konferenz“ durch.

Im Schloss Horst versammelte sich PRO Gelsenkirchen mit ca. 50 Menschen zu ihrem „Neujahrsempfang“, abseits der Öffentlichkeit. 65 Menschen nahmen dagegen an der antifaschistischen Konferenz teil. Sie hatten die Möglichkeit, an drei Workshops teilzunehmen: „Aktuelle



Rechte in Gelsenkirchen/NRW“, „Massenblockaden Köln/Dresden“ und Demo 1*1. Auf der Konferenz präsentierte die AJK ihren Jahresrückblick „Gelsenkirchens rechter Rand 2010“, der auf der Webseite nachzulesen ist. Die Konferenz wurde mit Klängen des FaulenzAs beschlossen. Sie war ein Erfolg und ein Beitrag zur Antifaschischtischen Bildung. Jedoch müssen die VeranstalterInnen leider einen traurigen und schockierenden Nachtrag machen:

Eine Punkerin wurde auf dem Weg zur Konferenz von drei Faschisten angegriffen. Sie beschimpften sie als „Punkerschlampe“ und griffen sie auch körperlich an. Die Polizei nahm alle Beteiligten in Gewahrsam. Ihr geht es zum Glück wieder besser.

Antifaschistische Jugend-Koordination gelsenkirchen, http://www.ajk-ge.de ■

Brinkmann kandidiert in Zehlendorf

„Pro NRW“ sammelt angesichts ihrer schwachen Mitgliederzahlen und Strukturen weiter alle möglichen Überläufer vom rechten Rand. Aktueller Gewinn ist der Beitritt von Max Branghofer (Dortmund), bisheriger DVU-Vorsitzender in NRW, der sich der Fusion mit der NPD verweigerte. Andere Überläufer kommen von den Republikanern und von kommunalen Wählervereinigungen.

In Berlin hat sich nach vielem Hin und Her der schwedische Unternehmer Patrick Brinkmann zum neuen Vorsitzenden von „pro Deutschland“ ernennen lassen. Zwar kann er mangels deutscher Staatsangehörigkeit nicht für die Wahl zum Abgeordnetenhaus antreten, er ließ sich aber gleich noch als Spitzenkandidat der Vereinigung zur Wahl der BVV Berlin-Zehlendorf nominieren. Außerdem bekam er den Titel eines „Internationalen Sekretärs“ von „pro Deutschland“.

Für den Berliner Wahlkampf prahlt er wieder mit einer Bustour durch 100 Wahlbezirke und setzt als Markenzeichen auf die Wiederbelebung Preußens, die Aufhebung der Kontrollratsgesetze von 1947 und die Wiederbelebung preußischer Tugenden.

Newsletter BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus DIE LINKE ■

Fachtagung „Zweite Generation“

Köln. Am 1.3.2011 veranstaltete der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. in Köln seine zweite Fachtagung zum Thema „Zweite Generation“, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wurde. Dr. Natan P. F. Kellermann, Direktor für Projektentwicklung bei „Amcha“ (das israelische Zentrum für geistige und soziale Unterstützung für Holocaust-Überlebende und die Zweite Generation), hielt einen Vortrag über die Konzeptualisierung der Weitergabe von Traumata. Dr. Susanne Guski-Leinwand, Psychologin und Habilitantin an der Universität Jena, referierte zu der neuesten Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD-10). Silvio Peritore, Leiter des Referates Dokumentation im Dokumentations- und Kulturzentrum der Sinti und Roma in Heidelberg, trug zu den Auswirkungen des Holocaust auf die Identität der Sinti und Roma vor. Stella Shcherbatova, Psychologin der Synagogengemeinde Köln, befasste sich in ihrem Vortrag mit der Identität jüdisch-russischer Zuwanderer in Deutschland.

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. ■

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen 13. - 23.4.2011 – Du kannst dabei sein:

Mit Jugendlichen aus 9 Ländern. Wir pflegen bauliche Reste, gestalten den Erinnerungsweg zu den ehemaligen Lagern, sprechen mit Überlebenden der Nazi-Verfolgung, mit heute von Asylpolitik Betroffenen und mit Neonazi-Gegner_innen. Wir arbeiten im Archiv, mit Werkzeug und Kamera und machen Musik. Die Umgebung von Bergen-Belsen mit



dem größten, von den Nazis angelegten, Truppenübungsplatz und Nazis heute werden ebenso Thema sein wie die Geschichte von Bergen-Belsen.

Du kannst in der Atmosphäre des alternativen „Bunten Hauses Celle“ mit Flüchtlingen über ihre Erfahrungen sprechen und Transparente malen.

Wenn du mindestens 15 - 26 Jahre alt bist, kannst du dich allein oder mit mehreren zum Workcamp anmelden. Bei Anträgen zu Schulbefreiungen sind wir gerne behilflich. Das Internationale Jugendworkcamp ist ein gemeinsames Angebot christlicher und gewerkschaftlicher Jugendverbände.

Das niedersächsische Kultusministerium befürwortet die Freistellung vom Unterricht fürs workcamp.

Termin:
13. - 23. April 2011
Ort: Anne Frank Haus in Oldau, Gedenkstätte Bergen Belsen, Buntes Haus Celle
Teilnahmebetrag: 90,- Euro
Infos und Anmeldung bei: DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Infos und Anmeldungen ab sofort bei/ an:
DGB-Jugend Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt T. 0511-12601-61, H-D Charly Braun, Otto-Brenner-Str. 7, 30159 Hannover

Und hier reinklicken:
http://antifa.sfa.over-blog.com/12-categorie-10308396.html
antifa.sfa.over-blog.com und dann Kategorie Bergen-Belsen durchsuchen, da ist auch viel zu den workcamps zu finden

Zehn Minuten

NRW. Neben einer Industriebrache in Grevenbroich hat die Deutsche Bahn AG dem „Zug der Erinnerung“ ein Abstellgleis zugewiesen. Weder ist ein Bahnsteig vorhanden, noch besteht ein Personenzugang. Auch Stromanschlüsse fehlen

Durch mehrtägigen Einsatz freiwilliger Helfer, zu denen kommunale Einrichtungen stießen, gelang es dennoch, den geplanten Aufenthalt in Grevenbroich sicherzustellen: Der Bauhof legte am Dienstag einen Zaun nieder, die Niederrheinische Versorgung und Verkehrs AG (NVV AG) sorgte für den fehlenden Elektroanschluss, eine Gerüstfirma stellte in letzter Minute provisorische Eingänge her.

Bei Eröffnung der Ausstellung am frühen Mittwoch Morgen (16. März) hatten sich die Initiatoren, ein breites Bündnis im Rhein-Neuss-Kreis, gegen alle Widerstände durchgesetzt.

Vor dem Hintergrund der unwürdigen Begleitumstände des Gedenkens kritiserte der Vertreter des regionalen Katholikenrates, der Kreistagsabgeordnete Martin Kresse, das Verhalten der Bahnverantwortlichen. Auch der Vizepräsident des Landtages NRW, Oliver Keymes, zeigte sich über die DB AG „irritiert“. Das Unternehmen hatte mitgeteilt, es könne in Grevenbroich kein reguläres Gleis zur Verfügung stellen, weil sonst Anschlussverspätungen zwischen 4 und 10 Minuten in Kauf genommen werden müssten.

„Bei den Deportationen des DB-Vorgängers ‚Deutsche Reichsbahn‘ verloren die Menschen nicht 10 Minuten, sie verloren ihr ganzes Leben“, sagte der Vertreter des Trägervereins in einer Einführung für die anwesenden Schulklassen. „Sind diese Opfer so wenig wert, dass eine Verspätung von 10 Minuten wichtiger ist?“

Zur Eröffnung in Grevenbroich waren mehrere deutsche Zeitzeugen gekommen, die in der NS-Zeit aus dem Rheinland fliehen mussten und im belgischen oder französischen Exil überlebten.

Zu den Überlebenden, die den „Zug der Erinnerung“ besuchten, gehörten auch ehemalige ausländische Zwangsarbeiter aus den nahen Niederlanden. Sie waren noch in den letzten Kriegsmonaten von der deutschen Besatzungsmacht über die Grenze getrieben worden, um die NS-Heimatfront zu stärken. Widerstand brachen die Besatzer mit brutalen Mitteln: Sie verurteilten 14 zwangsverpflichtete Niederländer aus dem Gebiet um Roermond zum Tode.

In Begleitung des Bürgermeisters von Roermond kam beim jetzigen Halt des Zuges eine ganze Gruppe dieser Überlebenden in die Ausstellung. Dort erinnern z. B. Exponate an das kurze Leben des holländischen Mädchens Herta Aussen. Als die Massendeportationen begannen, schrieb Herta eine letzte Karte aus dem Zug, der sie nach Auschwitz brachte. Herta kehrte nicht zurück.

Nach den Aufenthalten in Mönchengladbach (3.700 Besucher), Viersen (2.600 Besucher) und Grevenbroich erwartet der „Zug der Erinnerung“ in den grenznahen Stationen seiner kommenden Fahrt auch holländische Schulklassen, insbesondere in Herzogenrath. Für diese ausländischen Gäste hält der Trägerverein einen niederländischen Ausstellungkatalog bereit.

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Einstieg in den Ausstieg bei den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus

Berlin. „Offensichtlich will Familienministerin Schröder ihren Feldzug gegen die von ihr ungeliebten Programme gegen Rechtsextremismus fortsetzen“, so Steffen Bockhahn, Mitglied im Haushaltsausschuss, zu der Ankündigung der Ministerin, drei Millionen Euro ab 2012 bei diesen Programmen zu kürzen. „Nachdem die Programme mit der Extremismusklausel drangsaliert wurden, soll

ihnen jetzt nach und nach der Geldhahn zugedreht werden.“

„Es sieht so aus, als wolle sich der Bund bis Ende 2013 aus der Finanzierung der Programme zurückziehen“, ergänzt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, nachdem die Union im Familien- und Innenausschuss die Weiterfinanzierung der Programme nach 2013 mit einem Fragezeichen versehen hat. Angesichts eines zu befürchtenden Erfolgs der NPD am Sonntag in Sachsen-Anhalt wäre dies ein fatales Zeichen und ein weiterer Schlag gegen Projekte, die seit zehn Jahren gute und wichtige Arbeit leisten.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Stolberg 2011: Nazi-Aufmärsche gemeinsam blockieren!

Seit 2008 instrumentalisieren Nazis den Tod eines Jugendlichen in Stolberg für ihre rassistische Propaganda. Dabei ist ihr Ziel in Stolberg einen Märtyrerkult aufzubauen, ähnlich dem, der etwa im schwedischen Salem besteht. In Neonazikreisen wird ein Bild gezeichnet, nachdem die Tat nur ein weiteres Beispiel, für eine ständige Verfolgung „der Deutschen“ durch MigrantInnen, durch Linke und durch eine breite Öffentlichkeit sei, gegen die sie sich gemeinsam, entschlossen und gewaltsam zur Wehr setzen müssten. Kevin P., der Getötete wird zum »Held, der für Deutschland fiel«, zum »Soldat, im Kampf ermordet«, zum »Märtyrer für die national(sozialistisch)e Sache« stilisiert , eben als einer der ihren. Und wenn schon nicht einer der ihren, denn in dieser Frage sind sich die Neonazis nicht einig, so war er doch wenigstens »ein junger Deutscher«. Dass es sich bei dem Streit um einen sogenannten Beziehungsstreit handelte, erwähnen sie nicht.

Für die Nazis entwickelt sich Stolberg zu einer Großveranstaltung. So versammeln sich jedes Jahr im April zwischen 500 und 800 Nazis in Stolberg um ein symbolisches Datum zu schaffen, mit dem bundes-, wenn nicht europaweit ein Aufmarschanlass geschaffen und zudem eine teils taktisch zerstrittene Szene geeint werden kann.

Im Aufruf für den 9. April heißt es: „Um effektiv etwas gegen den entstehenden Märtyrerkult erreichen zu können, um dem rechten Gedenken ein Ende zu setzen, um zu verhindern, dass Neonazis ihre rassistische Propaganda verbreiten, werden wir mit allen, die diese Aufmärsche effektiv verhindern wollen, die Nazis blockieren. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen und kulturellen Unterschiede hinweg!

Doch damit eine solche Blockade erfolgreich wird, bedarf es eines großen Bündnisses. Wir sind davon überzeugt,



dass eine Vielfalt von Protesten, von solidarischen Protesten, uns nicht nur unseren Zielen näher bringt, sondern uns auch lernen lässt, welcher Wert in Differenz und in der Vernetzung steckt.

Wir werden mit allen, die den Nazis keinen Raum geben wollen, gemeinsam zivilen Ungehorsam leisten und die Naziaufmärsche im April 2011 in Stolberg blockieren.“

Genaue Infos und Überblick über die Unterstützernnen:
http://blockieren.mobi/aufruf/ ■

Ratgeber für die Gastronomie: „Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen“

Ein Ratgeber, wie sich die Gastronomie gegen rechte Veranstaltungen in ihren Räumen schützen kann, ist vor kurzem veröffentlicht worden. Gemeinsame Herausgeber sind die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Hamburg (DeHoGa).

Um Anhänger zu gewinnen, versuchen Rechtsextreme durch Veranstaltungen wie Konzerte, Liederabende oder auch Versammlungen und Schulungen Menschen zu erreichen. Dazu brauchen sie aber entsprechende Versammlungsräume oder Säle von Gaststätten und Hotels. Die Vermieter werden über den Zweck der Anmietung oft im Unklaren gelassen oder bewusst getäuscht.

Da werden Weihnachtsfeiern oder private Sommerfeste angekündigt oder auch – was in der Broschüre als Beispiel genannt wird – ein „Verbändekommers der Vereinigung Hamburger Akademikerverbände“. Auf rechtsradikale Veranstaltungen lässt das nicht schließen.

Um Anmietversuche von Rechten verhindern zu können, müssen die Vermieter in der Lage sein, Rechtsextreme identifizieren zu können. Bomberjacke und Glatze sind längst nicht mehr das dominierende Outfit in der rechten Szene. Es gibt aber eine Reihe von Codes und Symbolen, die bei Rechten derzeit besonders beliebt sind und die, wenn sie benutzt werden, ein Hinweis auf Zugehörigkeit zur rechten Szene sein können. Diese Codes und Symbole werden – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – in der Broschüre vorgestellt. Und es wird empfohlen, den potenziellen Mieter einzuladen, um die Räumlichkeiten vorzustellen. Am besten zeigt man sie ihm zu zweit, weil vier Augen bekanntlich mehr sehen. Wenn man ein ungutes Gefühl hat – rät die Broschüre –, sollte man sich mit den entsprechenden Beratungsstellen in Verbindung setzen.

Ein Vermieter kann sich auch durch entsprechende Formulierungen im Mietvertrag schützen. Es könne festgelegt werden, dass es untersagt ist – so ein Formulierungsvorschlag –, „die Mieträume zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, auf denen rechtsextremes, rassistisches, antisemitisches oder antidemokratisches Gedankengut dargestellt und/oder verbreitet wird, sei es vom Mieter selbst oder von Besuchern der Veranstaltung“.

Auch sollten im Mietvertrag Angaben zur Person bzw. Organisation festgehalten und die Überlassung der Mietsache an Dritte ausgeschlossen werden. So wird verhindert, dass ein Strohmann als Mieter auftritt. Ebenso sollte der Veranstaltungszweck festgehalten werden. Eine Veränderung kann dann als Vertragsverletzung angesehen werden.

Darüber hinaus werden weitere Punkte für den Mietvertrag vorgestellt – zum Beispiel eine Vertragsstrafe und ein Kündigungsrecht –, die einen Vermieter vor rechtsradikalen Veranstaltungen schützen können. Dazu gibt es jeweils auch Vorschläge, wie das in einem Vertrag festgehalten werden kann.

Der Ratgeber „Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen“ kann heruntergeladen werden unter: http://www.tolerantes.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.235362.de

Quelle: „Aktiv + Gleichberechtigt März 2011“ ■

Bundeswehr wegtreten! – Aktion bei der Abi-Messe

KÖLN. „Abitur für den Kriegsdienst?“ Mit diesem Flugblatt verbreitete die Initiative „Bundeswehr wegtreten“ große Unruhe am Stand der Bundeswehr auf der Abi-Messe am 12. März in den Kölner Messehallen. „Wehrt Euch gegen das Werben fürs Töten und Sterben in Schule, Arbeitsamt und Messe“ wurden die jungen Besucher aufgefordert und das Interesse an diesen Informationen war groß. Dass anwesende Pressefotografen die Auseinandersetzung um den Bundes-



www.arbeiterfotografie.com

wehrstand festhalten wollten, war nicht erwünscht, sie wurden immer wieder abgedrängt.

Die zweitägige Abiturientenmesse „Einstieg Abi“ in Köln ist mit über 35.000 BesucherInnen die bundesweit größte dieser Art. Sie ist eine von vielen Job-Messen, auf denen sich die Bundeswehr als vermeintlich attraktiver und ganz normaler Arbeitgeber präsentiert. Immerhin geht es um die derzeit knappste Resource der Bundeswehr: Soldatinnen und Soldaten. Immer häufiger taucht die Bundeswehr daher an Schulen, Universitäten, Messen und Arbeitsagenturen auf, um mehr Zustimmung zu ihren Kriegseinsätzen zu erhalten und Jugendliche als Soldaten zu rekrutieren.

Die Aktion in und vor der Messe hat dieses Ziel empfindlich gestört.

aus Lokalberichte Köln 6-2011 ■

A.I.D.A. zum Verfassungsschutzbericht 2011

Am Donnerstag, 3. März 2011, stellten der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und der Präsident des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Burkhard Körner, im Innenministerium den Verfassungschutzbericht für das Jahr 2010 vor. Schwerpunkt der Veröffentlichung ist „Linksextremismus“. A.i.d.a. veröffentlichte dazu einen kurzen Kommentar zur Pressekonferenz und zum Bericht, den wir im Folgenden dokumentieren.

Schwerpunkt „Linksextremismus“

Dass die „Extremismustheorie“ in den Politik- und Sozialwissenschaften weitestgehend abgelehnt wird und im Jahr 2010 erneut massiv in die Kritik geraten ist, hat den bayerischen Verfassungsschutz nicht zu einer Veränderung der Veröffentlichungspraxis veranlasst. Eisern wird an diesem Politik-Modell festgehalten. Das ist wenig verwunderlich. Mit der hohen Verbreitung extrem rechter Ideologien in der „Mitte“ der bayerischen Gesellschaft will sich das Amt auch nicht auseinander setzen. Schwerpunkt des Verfassungsschutzberichts, so heißt es auf der Pressekonferenz schon bei der Begrüßung, soll in diesem Jahr der „Linksextremismus“ sein. Dementsprechend enthält das Redemanuskript von Innenminister Joachim Herrmann zwölf Seiten zu diesem Thema und demgegenüber nur jeweils 1 1/2 Seiten zum Rechtsextremismus und islamistischen Terrorismus.

Wofür im Bericht Platz ist:

Das Landesamt für Verfassungsschutz erwähnt im neuen Bericht die „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V.“ (a.i.d.a.) mit den wortgleichen Passagen des Vorjahres erneut in der Rubrik „Sonstige Linksextremisten“. Interessant ist aber nicht nur, was da unter anderem zu a.i.d.a., zur „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN/BdA) oder über den Antifaschisten Ernst Grube behauptet und geschrieben wird, sondern auch das, was im Bericht fehlt.

Wofür im Bericht kein Platz ist:

Gänzlich unerwähnt bleiben z. B. die rassistischen und menschenverachtenden Aktivitäten und Äußerungen selbsternannter „Islamkritiker“ – wie der lokalen Münchner Aktivist_innen von „Politically Incorrect“ und der „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE), die zur Zeit die Gründung eines bayerischen Landesverbands der neuen rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ betreiben. Die Beantwortung der Frage eines Journalisten, warum die „Burschenschaft Danubia“ nicht im Bericht aufgeführt sei, überlässt Innenminister Herrmann bei der Pressekonferenz dem Präsidenten des bayerischen Verfassungsschutzes, Burkhard Körner. Dieser legt Wert auf die Feststellung, dass seine Behörde die „Danubia“ sehr wohl als rechtsextremistische Organisation betrachte und die Aktivitas der Danubia auch beobachte. Nicht erläutern will er jedoch, weshalb die „Burschenschaft Danubia“ dann im Bericht fehlt.

Reichlich skurril ist Körners Antwort auf die Frage eines a.i.d.a.-Mitarbeiters, warum die „Kameradschaft München“*, eine der aktivsten neonazistischen Gruppierungen in Bayern, erstmals nicht mehr im VS-Bericht aufgeführt wird. Die Neonazi-Organisation wird weder im Inhaltsverzeichnis oder bei den Mitgliedsgruppen des „Freies Netz Süd“ erwähnt, noch ist sie auf einer im Bericht abgedruckten Landkarte eingezeichnet. Verfassungsschutz-Präsident Burkhard Körner behauptet, sie hätten die „Kameradschaft München“ allein „aus Platzgründen“ weggelassen.

Ein anderer Journalist will bei der Pressekonferenz wissen, wieso das Landesamt für Verfassungsschutz die letztinstanzliche Niederlage im Prozess vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof um die Erwähnung von a.i.d.a. (2008) im aktuellen Bericht verschweige (da a.i.d.a. damals zu Unrecht diffamiert wurde, musste die Veröffentlichung im Nachhinein geschwärzt werden). Körner weist dies zurück und behauptet öffentlich, diesen Umstand habe man vielmehr im Bericht aufgeführt.

Vielleicht ist es ja auch jenen ominösen „Platzgründen“ geschuldet, dass in der am Donnerstag ausgelegten und mittlerweile im Internet verfügbaren Fassung des Verfassungsschutzberichtes 2010 davon kein Wort zu lesen ist.

Solidarität mit a.i.d.a.:

Gegen die Diffamierung von a.id.a. im neuen Verfassungsschutzbericht wenden sich mittlerweile zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen. Pressemitteilungen veröffentlichten u. a. Siegfried Benker, Jerzy Montag (MdB) und die Münchner Gliederungen von Jusos, SPD und Grünen. Marcus Buschmüller, Vorsitzender des Vereins „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.“ kündigt in einer Stellungnahme eine erneute Klage gegen die diffamierende Erwähnung von a.i.d.a. im Verfassungsschutzbericht an: „Selbstverständlich wird a.i.d.a. auch gegen den Bericht 2010 juristisch vorgehen“.

Die Ressourcen des Vereins sollen jedoch weiterhin vor allem zugunsten der Arbeit in Archiv, antifaschistischer Recherche und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden: „Wichtig ist die konkrete Arbeit und da gibt es jede Menge zu tun. Ein Blick auf unsere Homepage, z. B. in die ‚Chronologie neonazistischer Aktivitäten‘ oder die Terminspalten (‚Termine von rechts im Süden‘) zeigt dies deutlich!“. *www.aida-archiv.de* ■

*Die Neonazis der „Kameradschaft München" (bis 2004: „Kameradschaft Süd") traten im Jahr 2010 in München und bundesweit vielfach mit eigenen Veranstaltungen und Aufmarschteilnahmen in die Öffentlichkeit. Im Februar 2010 (wie auch 2011) fuhren sie beispielsweise jeweils mit einem Reisebus zu den neonazistischen Aufmärschen in Dresden. Die „Kameradschaft München" gehört der neonazistischen Dachorganisation „Freies Netz Süd" an. In der Landeshauptstadt ist sie, nachdem die „Freien Nationalisten München" inaktiv sind und sich im November 2010 die Kameradschaft „Nationale Solidarität Bayern" gar zugunsten einer zukünftigen Mitarbeit in der „Kameradschaft München" aufgelöst hat, neben der „Jagdstaffel D.S.T." die wichtigste Gruppe aus diesem Spektrum

„Hotel Silber“ und die Verfolgung von Homosexuellen

Stuttgart. Über 150 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich in der vergangenen Woche am sechsten „Politischen Spaziergang“, der diesmal zum Hotel Silber führte. Joachim Stein vom schwul-lesbischen Zentrum Weissenburg sprach über die Verfolgung der Homosexuellen durch die Gestapo sowie durch die Stuttgarter Kriminalpolizei nach 1945. Hier Auszüge aus der Rede:

„Heute steht eine der Opfergruppen hier, die in den offiziellen Gedenkstätten des Landes lange Zeit vergessen wurde und für viele engagierte Mitstreiter_innen schwierig im Umgang war und teilweise auch noch ist. Es geht um homosexuelle Opfer, die Männer mit dem rosa Winkel. Das Vergessen ist mithin dem Umstand geschuldet, dass das Nazi-Recht von der Adenauer-Regierung nach dem Krieg einfach so belassen wurde und es vieler Anstrengungen bedurfte, in Zeiten der ersten großen Koalition den entscheidenden Paragraphen 175 Strafgesetzbuch zunächst zu modifizieren. Endgültig entsorgt wurde er 1994 im Zuge der Rechtsangleichung mit den bis dahin im Osten geltenden Gesetzen.

Der Paragraph selbst ist kein von den Nazis geborenes Recht. Er hat seinen Ursprung in den christlich geprägten Rechts- und Moralvorstellungen des preußischen Staates und stand bereits im ersten Strafgesetzbuch von 1872. In der Weimarer Republik wurde der Paragraph aber kaum noch angewandt und stand bereits als Auslaufmodell auf der Tagesordnung des Justizausschusses im Deutschen Reichstag, als mit Hilfe der Brüning'schen Notverordnungen das Parlament außer Funktion gesetzt und der Weg für die Nazis geebnet wurde. Diese verschärften 1935 den Straftatbestand und instrumentalisierten ihn zur Waffe gegen eine Personengruppe, die dem gängigen Volksideal nicht entsprach und die keinen Beitrag zur Bevölkerungspolitik leistete. Die Ausführungsbestimmungen zur dann einsetzenden systematischen Verfolgung stammen vom Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler. Ihm verdanken wir die Führung sogenannter ‚Rosa Listen‘, einer systematischen Dokumentation aller Menschen, die wegen Homosexualität verdächtigt und belangt wurden. Die Führung dieser Listen wurde in modifizierter Form bis 1969 beibehalten.

Auch in den Ausführungsbestimmungen zur Verfolgung der sogenannten ‚Volksseuche Homosexualität‘ zeigt sich die besondere Perfidie des Systems: Heinrich Himmler war daran gelegen, Homosexualität im Volk möglichst ganz auszurotten. Dazu war es erforderlich, nicht nur die offensichtlichen Vergehen zu belangen, sondern auch alle diejenigen ausfindig zu machen, die der Homosexualität verdächtig waren. Wichtig war insbesondere, die Jugend von solchen Subjekten fern zu halten, damit sie nicht verführt werden konnte. Diese sogenannte Verführungstheorie ist im Übrigen noch keineswegs ausgestanden, sondern in rechtskonservativen und klerikalen Kreisen nach wie vor eine beliebte Argumentation, um homosexuelle Menschen auszugrenzen. Noch 1996 hat der Leiter des Olgahospitals, Reinmar du Bois, im Zuge der öffentlichen Anerkennung der Initiativgruppe Homosexualität als Träger der freien Jugendarbeit, im Stuttgarter Jugendhilfeausschuss Stellung dazu bezogen, ob junge Menschen zu Homosexualität verführt werden können.

Zurück zur Nazizeit: In den Ausführungsbestimmungen war penibel aufgelistet, wie die Gestapo vorzugehen hatte, um an solche Homosexuelle zu gelangen, die bisher nicht auffällig oder straffällig geworden waren. Offensichtlich wussten die Behörden genau, wo Kontaktanbahnungen homosexueller Männer erfolgten: Hauptverkehrsstraßen, Bahnhöfe, Anlagen, öffentliche Bedürfnisanstalten, Arbeitsämter und einschlägige Lokale. Zur Entdeckung potentiell verdächtiger Subjekte wurden Menschen angeheuert, die von ihrer gesellschaftlichen Stellung her nicht besonders angesehen waren und sich damit staatlicherseits gern instrumentalisieren ließen: Hotelpförtner, Taxifahrer, Gepäckträger, Aufwarteleute in öffentlichen Bedürfnisanstalten, Hotel- und Bahnhofsfriseure, Badewärter. Durch ein System öffentlicher Belobigung waren diese Personen gerne auskunftsbereit zu machen. Alle auf diese Weise entdeckten Männer mussten erkennungsdienstlich erfasst werden. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, dass auch im Falle nicht nachweisbaren Fehlverhaltens die Männer keinesfalls sofort wieder auf freien Fuß zu setzen sind. Sie und ihre Wohnräume wurden durchkämmt, um doch noch Hinweise auf homosexuelle Handlungen zu finden. Hatten sie Briefe oder Notizen mit Adressen oder Telefonnummern dabei oder wurden diese in der Wohnung gefunden, erhielten auch die an diesen Adressen lebenden Personen offiziellen Besuch und wurden auf Vergehen nach § 175 untersucht. Einrichtungen, Treffpunkte und Organisationen von homosexuellen Menschen wurden geschlossen. Allen Männern, denen mehrfache Vergehen nach § 175 oder 175a nachgewiesen werden konnten, wurde das Angebot gemacht, sich entmannen zu lassen. Bei Vollzug dieses Schrittes wurde ihnen Straffreiheit zugesichert. Sie waren dann allerdings auch nicht mehr wehrdiensttauglich, weshalb die Auswahl derjenigen, denen dieser Schritt angeboten wurde, mit zunehmender Wichtigkeit der militärischen Rekrutierung immer kleiner wurde. Männer, die mehr als eine sexuelle Beziehung insbesondere zu Jugendlichen hatten, wurden ab 1940 in Vorbeugehaft genommen, eine euphemistische Umschreibung für die Einlieferung ins Konzentrationslager.

In diesem Haus hier gab es auch ein Referat IV5 „Sonderfälle“, das neben anderem auch für die Verfolgung der Homosexuellen in Württemberg und Hohenzollern zuständig war. Geleitetet wurde das Referat von SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar Schurer, vertreten von SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar Heinrichs. Hauptsachbearbeiter war SS-Hauptscharführer Theodor Fritz. Über die Tätigkeit dieser Dienststelle gibt es bisher nur wenig belegbare Dokumente. Bekannt ist ein Verfahren gegen die bündische Jugend aus 1937, das zu Verhaftungen in Degerloch, Bad Cannstatt, Stuttgart-Mitte und Ulm führte. In diesem Zusammenhang wurde auch der spätere Widerstandskämpfer Hans Scholl im Dezember 1937 wegen möglichen Vergehens gegen § 175 a verhaftet und im Hotel Silber verhört. Im Lagebericht vom 1. April 1939 wird von einer Dienstsuspendierung und Verhaftung des Oberregisseurs Puhlmann am Württembergischen Staatstheater wegen Vergehens gegen § 175 berichtet. Mehrere weitere Personen insbesondere aus dem Vorstand der Württembergischen Staatstheater, standen ebenfalls im Verdacht, homosexuelle Handlungen begangen zu haben.

Nach 1945 übernahm die Adenauer-Regierung, wie eingangs erwähnt, den Paragraphen 175 in der verschärften Nazi-Fassung in das bundesdeutsche Strafrecht. Wer sich also den Behörden als Verfolgter nach § 175 outete, legte damit gleich wieder den Grundstein für die weitere Verfolgung, weil er wieder in ‚Rosa Listen‘ Eingang fand und von der Polizei überwacht wurde. An eine Entschädigung des erlittenen Unrechts war nicht zu denken, da das Nazi-Recht ja im Rechtsstaat weiter galt, also kein Unrecht im Sinne juristischer Auslegung war. Die staatliche Verfolgung setzte sich also nahtlos fort. Die Verfolgung wurde von der städtischen Kriminalpolizei durchgeführt, die bis 1972 das ‚Hotel Silber‘ als Dienstsitz hatte. Eine zumindest vom Gebäude her ungebrochene Situation also.

Auch in den Werkzeugen unterschied sich die Verfolgung durch die rechtsstaatlichen Behörden nicht groß: Von einer Seite durchsichtige Spiegel in öffentlichen Bedürfnisanstalten, Razzien in einschlägigen Lokalen, Kontrollen öffentlicher Anlagen, Beobachtung verdächtiger Organisationen und ggf. deren Verbot. Wurde eine Person ertappt, so musste sie mit aufs nächste Re-

vier und wurde dort nach Bekannten und Freunden befragt. Dass dies auch noch 1967 an der Tagesordnung war, weiß ich von einem persönlichen Bekannten. Es wurden ihm Fotografien bereits einschlägig vorbestrafter Personen vorgelegt und er gebeten, nachzusehen, ob eine oder mehrere Person_en davon bekannt wären. Bei klarem Rechtsverstoß waren auch Befragungen zur Sache bei Familienangehörigen, Arbeitgeber_in und Bekanntenkreis an der Tagesordnung. Outing durch die Polizei also.

Warum nun ausgerechnet einen Täterort erhalten, der als Symbol des Leids dasteht und eigentlich gnädigem Vergessen anheim fallen sollte? Warum nennen sich gleichgeschlechtlich liebende Menschen ‚schwul' oder ‚lesbisch'? Warum tragen sie mit Stolz einen Rosa Winkel, das Symbol der Ausgrenzung im Nazi-Staat? Gerade diese Symbole der Ausgrenzung und Abwertung erfüllen die Integration nach innen, lassen sichtbar werden, was uns verbindet. Von den Täter_innen aufgezwungen entsteht der Triumph über die Gräuel der Vergangenheit an dem Ort, von dem die Verfolgung ausging, wendet das Leid und stärkt die Hoffnung auf eine dauerhafte Veränderung und Wiedergutmachung.



Wenn dieser Ort ein offenes Bekenntnis zur Vielfalt des Lebens ablegt, in dem er nicht nur die Täter und ihre Untaten sichtbar macht, sondern ein Ort des gegenseitigen Lernens und Verstehens wird, dann waren diese Opfer nicht vergeblich und sie sind auch nicht vergessen. Kein anderer Ort kann eine solche Symbolik entwickeln. Dabei ist es unwichtig, ob und wie das Gebäude schon verändert wurde. Es geht um den Standort und das sichtbare Symbol. ■

Prozessauftakt gegen den Neonazi Rausch

NÜRNBERG. Am 17. Februar fand vor der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth der erste Verhandlungstag gegen den stadtbekannten Neonazischläger Peter Rausch statt, der am 28. April 2010 einen 18-jährigen Mann in der Nürnberger U-Bahn fast zu Tode prügelte.

Das Verfahren urde im berühmten Saal 600 eröffnet, in dem die Nürnberger Prozesse stattfanden. Dabei kam es im Laufe der Verhandlung zu höchst skandalösen Vorfällen. So wurde einer Gruppe bekannter Neonazis, die aus ganz Bayern angereist waren, schon vor Beginn der Verhandlung zuvorkommend Einlass gewährt. Als diese nach der Mittagsunterbrechung erneut in den Saal drängten, der aber bereits gefüllt war, provozierten und beleidigten sie andere Prozessteilnehmer und griffen schließlich auch einzelne Bürgerinnen und Bürger an.

Anstatt einzugreifen und die rechtsextremen Provokateure vor die Tür zu setzen, ordnete das Gericht an, dass für sie Bänke freizumachen seien. Prozessteilnehmer, die gegen dieses Vorgehen zugunsten der Neonazis protestierten, wurden gewaltsam aus dem Saal gezerrt. Dieses einseitige Parteiergreifen für bekennende „Nationalsozialisten" im berühmten Saal 600 des Nürnberger Gerichtsgebäudes kann nicht akzeptiert werden. Die Stadt Nürnberg hat vor einigen Wochen nach unserer Auffassung zu Recht die Aufnahme des Saales 600 in das Weltkulturerbe beantragt. In der Begründung heißt es dazu u. a.: „Der Saal 600 steht authentisch wie kaum ein zweiter Ort für das Urteil der Weltgemeinschaft über die Verbrechen, die im deutschen Namen begangen wurden und auch immer mit dem Namen Nürnberg verbunden sein werden".

Jetzt ordnete ein Gericht an, dass demokratisch engagierte Menschen brutal von Sicherheitskräften aus eben diesen Saal gezerrt werden, um Teilnehmern, die sich als Nachfahren der Nazi-Verbrecher von einst verstehen, Zuhörerplätze zu verschaffen! Das kann man nur als Verhöhnung der Opfer des Nazi-Regimes wie auch des jetzigen Opfers bezeichnen.

Die VVN - BdA Nürnberg fordert die Nürnberger Justiz auf, die Vorfälle vom 17.2. aufzuklären! Insbesondere gilt es nach unserer Auffassung zu klären: Gab es bereits vor dem Prozess Absprachen mit den Neonazis bzw. ihren Sprechern über die Platzverteilung im Saal 600? Gab es von irgendeiner Seite den Vorsatz solche „Tumulte" zu provozieren, um das Verfahren gegen den bekennenden Neonazis und Schläger P. Rausch „bewusst" in eine bestimmte Richtung zu lenken? Es ist schließlich bekannt, dass bereits im Vorfeld der Untersuchungen von Polizei und Justiz versucht wurde, den rechtsextremen Hintergrund des Überfalls auszublenden. Die jetzt beschlossene „Konsequenz", die weiteren Verhandlungen in einem kleineren Saal fortzuführen und damit die Öffentlichkeit einzuschränken, gibt noch mehr Anlass zu solchen Vermutungen. Nach den skandalösen Vorfällen vom ersten Prozesstag ist es mehr denn je notwendig, den Prozess und die Begleitumstände genau zu verfolgen.

Georg Neubauer, Vereinigung der Verfolgten des Naziregime – Bund der Antifaschisten Nürnberg ■

Justiz

Beschämend fiel das Urteil im Revisionsprozess vor dem **Berliner Landgericht** aus, den die NPD angestrengt hatte. Deren rassistischer WM-Planer zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 hatte zur Verurteilung von Udo Voigt und zwei weiteren NPD-Funktionären zu Bewährungs- und Geldstrafen durch ein Berliner Amtsgericht im Jahre 2009 geführt. Nun wurde das Urteil aufgehoben und Freispruch erteilt.

In **Dresden** müssen sich seit dem 8.3.2011 fünf Mitglieder der verbotenen Neonazigruppe „Sturm 34" wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und gefährlicher Körperverletzung vor dem Landgericht verantworten. Die 25- bis 31-jährigen Angeklagten waren an brutalen Überfällen im Mai und Juni 2006 (u.a. auf ein Dorffest bei Rochlitz) beteiligt, verletzten neun Punker schwer. Sie sollen auch die Kameradschaft mit gegründet haben.

In **Berlin** begann ein Prozess gegen acht Männer im Alter von 35 bis 41 Jahren wegen Volksverhetzung und Verwendung von Nazisymbolen. Drei von ihnen sollen zur Musikband D.S.T. (Deutsch, Stolz, Treue) gehören, die anderen vertrieben die CDs der Gruppe mit menschenverachtendem Inhalt. Ein Angeklagter ist Beamter und bereits wegen Volksverhetzung vorbestraft, ein anderer ist Polizeihauptmeister der Landespolizei.

Der Prozess gegen den mutmaßlichen NS-Verbrecher John Demjanjuk in München scheint sich dem Ende zu nähern. Nach Abschluss der Beweisaufnahme vor dem Münchener Landgericht Ende Februar folgen zur Zeit die Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Nebenklagevertretern.

Newsletter BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus DIE LINKE, Kontakt: ag.rex@die-linke.de ■

Der Front National punktet bei den Bezirksparlamentswahlen und liegt nur noch zwei Prozentpunkte hinter der konservativ-wirtschaftsliberalen Regierungspartei UMP. Letztere weigert sich, in Stichwahlen zwischen Sozialdemokratie und Rechtsdemokraten zu einer Wahlentscheidung aufzurufen. Unterdessen konnte die französische extreme Rechte in den letzten Wochen von ein paar neuen Tabubrüchen profitieren – und buhlt um Juden, um frühere Linke, um Gewerkschafter....

Frankreich:

Extreme Rechte in der Offensive

Der erste Durchgang der französischen Bezirksparlamentswahlen vom Sonntag, den 20. März 11 bestätigt eindrücklich das aktuelle politische „Hoch“ für die extreme Rechte des Landes.

Die – aufgrund des Namens der zugrundeliegenden Wahlkreise – als „Kantonalwahlen“ bezeichneten Stimmgänge für die Bezirksparlamente in den insgesamt 100 französischen Départements sind ungefähr mit deutschen Kreistagswahlen zu vergleichen. Wichtige Unterschiede liegen jedoch darin, dass (erstens) die französischen Bezirksparlamente sehr viel bedeutendere politische Funktionen und Vollmachten haben als die deutschen Kreistage: Das Département ist, seit der Französischen Revolution – welche die historischen „Provinzen“, die an Feudalstrukturen geknüpft waren, zerschlug und die Verwaltungsbezirke an ihre Stelle setzte – fast zwei Jahrhunderte lang die einzige Verwaltungsebene zwischen Zentralstaat und Kommunen gewesen.

Zwar existieren seit nunmehr über dreißig Jahren auch die insgesamt 22 „Regionen“, die im Aufbau oder in der Fläche sehr vergröbert mit den deutschen Bundesländern vergleichbar sind. Doch weisen die französischen Regionen, die z. B. keinerlei Gesetzgebungsbefugnis besitzen, sehr viel geringere Vollmachten auf als die deutschen „Länder“; und der Verwaltungsbezirk bleibt ein wichtiges Glied in der Kette, die vom Zentralstaat bis zur Kommune reicht. Zum Zweiten finden die Bezirksparlamentswahlen in größeren Teilen Frankreichs am selben Tag statt, was ihrer Wahl zusätzliche politische Bedeutung verleiht.

Am 20. und 27. März werden insgesamt 2.026 Sitze in den französischen Bezirksparlamenten neu besetzt, d.h. insgesamt die Hälfte der Mandatsträger/innen wird neu gewählt. (Es handelt sich jeweils um eine Teil-Erneuerung, es wird oft nicht in allen „Kantonen“ eines Verwaltungsbezirks gleichzeitig gewählt.) Dabei handelt es sich ferner um die einzige stattfindende Wahl von Bedeutung im ganzen Jahr 2011, also um eine Art letzter „Generalprobe“ vor den Präsidentschafts- und kurz darauf folgenden Parlamentswahlen im Frühjahr 2012. Das „Superwahljahr“, das in nunmehr dreizehn Monaten anfängt, wirft also seine Schatten voraus.

Der rechtsextreme Front National tat natürlich Alles, um den „Marine-Effekt“ zu bestätigen, d.h. von dem gewaltigen Auftrieb zu profitieren, den seine neue Chefin und Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen derzeit in den Umfragen erfährt. In Befragungen, die zwischen dem 5. und dem 8. März dieses Jahres stattfanden, landete Marine Le Pen zwar respektive auf dem ersten und dem dritten Platz unter den „gewichtigen“ Präsidentschaftskandidat/inn/en für 2012 – doch ihr eigenes, prognostiziertes Ergebnis variierte dabei nicht sehr stark. Es schwankte dabei zwischen 21 und 24 Prozent der Stimmen. Was sich von Umfrage zu Umfrage verändert, waren die zu erwartenden Stimmenanteile ihrer Konkurrenten unter den Präsidentschaftsbewerber/inne/n, besonders auf der sozialdemokratischen Seite.

Bei den Bezirksparlamentswahlen trat der FN in insgesamt rund 1.500 „Kantonen“ (von 2.026, in denen am vorigen Sonntag gewählt wurde) mit eigenen Kandidaten an. Nicht überall hatte er Bewerber/innen finden können.

Im nationalen (vorläufigen) Durchschnittsergebnis schnitt der FN dabei mit 15 Prozent der Stimmen ab, und liegt damit nur noch zwei Prozentpunkte hinter der Regierungspartei UMP, denn die Partei von Nicolas Sarkozy – unter ihrem neuen Vorsitzenden Jean-François Copé – erhielt 17 Prozent. In die Spitzenposition unter den einzelnen Parteien kam die französische Sozialdemokratie mit insgesamt 25 Prozent; die aus der französischen KP und einer Abspaltung von der Sozialdemokratie gebildete „Linksfront“ kam auf rund 8 Prozent.

Allerdings spielt sich derzeit noch eine Polemik zwischen verschiedenen Oppositionsparteien – sowohl dem Parti Socialiste als auch dem Front National – einerseits und Innenminister Claude Guéant auf der anderen Seite ab. Dieser hatte das Ergebnis für die bürgerliche, konservativ-wirtschaftsliberale Rechte seinerseits offiziell mit 30,25 Prozent beziffert. Dabei hatte er jedoch mächtig getrickst und diverse zwar bürgerliche, doch von der UMP unabhängige Listen wie die ‚Divers droite‘ (sehr ungefähr mit den bürgerlichen „Freien Wählerlisten“ in deutschen Kommunalwahlen vergleichbar) einfach mit in das Ergebnis für die Regierungspartei mit einbezogen.

Dort, wo er mit eigenen Kandidat/inn/en auftreten konnte, erhielt der FN im Durchschnitt 18 Prozent der Stimmen. Marine Le Pen und ihr Vater & Vorgänger im Parteivorsitz, Jean-Marie Le Pen, triumphierten am Sonntag Abend und sprachen von einem „historischen Ergebnis“.

Tatsächlich gehören die Bezirksparlamentswahlen nicht zu den einfachsten für die rechtsextreme Partei, die sehr viel leichter bei Präsidentschaftswahlen (wo es hauptsächlich auf die Person des/r einzelnen Kandidaten/Kandidatin ankommt) absahnen kann. Denn aus diesem Anlass muss sie zahlreiche, oft relativ unbekannte örtliche Bewerber/innen auftreiben, die nicht dieselbe „Aura des Volkstribunen“ aufweisen wie etwa Le Pen (Vater oder Tochter).

Ferner hat der FN oft mit der Tendenz zur schwachen Wahlbeteiligung zu kämpfen, denn seine Wählerschaft – die tendenziell „alle Politiker“ für irgendwie „korrupt“ hält, mit einer Ausnahme natürlich für die Le Pens – interessiert sich oft nicht sonderlich stark für die etablierte Parteipolitik.

In diesem Falle lag die Enthaltung frankreichweit (dort, wo am Sonntag gewählt wurde) bei 55,71 Prozent und war damit sehr viel höher als bei den vorausgegangenen „Kantonalwahlen“ – diese fanden in denselben Bezirken wie jetzt im Jahr 2004 statt. Damals betrug die Stimmenthaltung noch 36,09 % und 33,51 % im zweiten Durchgang. Anscheinend konnte der FN, dessen Stimmenanteile an den meisten Orten stark im Steigen begriffen sind, aber dieses Mal von der Wahlenthaltung profitieren: Seine Wählerschaft ist im Augenblick stärker motiviert als die der anderen Parteien, wohl durch die Aussicht beflügelt, „es denen mal richtig zu zeigen“.

Vielerorts zieht die extreme Rechte nun in die Stichwahlen ein. Dafür sind (nach der jüngsten Wahlrechtsänderung) nunmehr 12,5 % der Stimmen der in die Wählerlisten eingetragenen Stimmberechtigten erforderlich – zuvor, ohne die letzte Änderung am Wahlrecht, waren es noch 12,5 % der abgegebenen Stimmen. Das derart erfolgte „Anheben der Hürde“ sollte, aus Sicht der regierenden Konservativen, dem FN den Einzug in die Stichwahl erschweren. Diese Taktik, durch Wahlrechtsmanipulation, ging nicht auf. Zwar lag die Hürde für die rechtsextreme Partei doch ziemlich hoch: Bei einer durchschnittlichen Stimmenthaltung von über der Hälfte der Wahlberechtigten musste ein/e Kandidat/in deswegen im Schnitt über 25 Prozent der abgegebenen Stimmen einfahren, um in die zweite Runde zu kommen.

Vielerorts ist dies dem FN jedoch gelungen. Allein in 394 Kantonen befinden rechtsextreme Kandidaten sich nun in einer „Duell“situation, d.h. es treten überhaupt nur noch zwei Bewerber in der Stichwahl gegeneinander an. Dabei steht er in 206 Fällen der französischen Sozialdemokratie gegenüber. Und ferner gelangte der FN in 39 Kantonen im ersten Wahlgang in eine Führungsposition, d.h. sein/e Bewerber/in schnitt unter allen am höchsten ab.

Eine wichtige politische Frage wird nun lauten, wie sich der konservativ-wirtschaftsliberale Bürgerblock bis zum kommenden Sonntag dort positionieren wird, wo FN- und sozialdemokratische Kandidat/inn/en einander gegenüberstehen. Der Parteivorsitzende der UMP, Jean-François Copé, erklärte am Sonntag Abend, seinen Wähler „die Freiheit (der Entscheidung) zu überlassen“. Er erklärte, für die UMP komme dabei „weder eine Allianz mit dem FN noch eine ‚republikanische Front‘“ in Betracht, d.h. weder ein Stimmaufruf zugunsten rechtsextremer Kandidaten noch ein Bündnis mit den übrigen pro-demokratischen Parteien – und konkret vor allem ein Aufruf dazu, für die sozialdemokratischen Bewerber/innen zu stimmen, um dem FN den Weg zu versperren.

Diese Positionierung rief schon seit Sonntag Abend und am Montag früh teilweise heftige Kritik hervor, zumal die konservativ-wirtschaftsliberale Rechte dadurch offenkundig keinen qualitativen Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Neofaschisten aufzumachen bereit ist.

Sozialdemokratische Spitzenpolitiker wie ihr früherer Parteivorsitzender François Hollande erklärten ihrerseits, dort, wo UMP- und FN-Kandidaten einander gegenüber stünden, ohne zu zögern zur Wahl der bürgerlichen Rechten aufzurufen. Ähnlich äußerte sich u.a. auch Benoît Hamon, Sprecher der Parteilinken. Im bürgerlichen Lager kritisierte das Mitte-Rechts-Spektrum teilweise deutlich die Mehrheitsposition der UMP. So rief der „Zentrumspolitiker“ (und frühere Umweltminister) Jean-Louis Borloo dazu auf, gegen den FN „einen Damm zu bilden“. Die amtierende Hochschulministerin Valérie Pécresse – die selbst der UMP angehört – erklärte in ihrem eigenen Namen, sie persönlich würde im zweiten Wahlgang „für einen Kandidaten der Linken“ stimmen, falls sein Gegenüber dem FN angehöre. (Bei einer örtlichen Wahl in Hénin-Beaumont, der Hochburg von Marine Le Pen im Nord-Pas de Calais, hatte sie vor rund zwei Jahren noch eine gegenläufige Position bezogen.) Im Namen des Bürgerblocks um die UMP erklärte Regierungssprecher François Baroin am Montag früh, die Position seiner Partei bedeute nicht, dass man qualitativ gar keinen Unterschied zwischen Sozial-

weiter Seite 10

Vernünftiger Optimismus

In Frankreich ein Millionenseller: »Empört euch!«

Stéphane Hessel wurde 1917 in Berlin als Sohn einer Künstlerfamilie geboren und wuchs in Frankreich auf. Er schloss sich der gaullistischen Résistance an, wurde ins KZ Buchenwald verschleppt und dort durch den kommunistischen Widerstand gerettet. Nach 1945 wurde er Diplomat, vor allem bei der UNO. Er ist Mitverfasser der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte«. Der hoch ausgezeichnete Hessel setzte sich zeitlebens für die Dekolonialisierung und die Durchsetzung der Menschenrechte ein.

Die deutsche Fassung von »Empört euch!« ist im Februar bei Ullstein erschienen und kostet 3,99 Euro. Die Übersetzung stammt von Michael Kogon, dessen Vater, Eugen Kogon, an der Rettung Hessels in Buchenwald beteiligt war.

EMPÖRT
STÉPHANE HESSEL
EUCH!
ullstein

Im Jahre 1898 veröffentlichte Émile Zola seinen berühmten, zum Schlagwort gewordenen Offenen Brief an den Präsidenten der Französischen Republik »J'accuse ...!« (»Ich klage an...!«), der die Dreyfus-Affäre auslöste. Zola ging in seinem Text wie folgt vor: Er beschwor »La France« und dessen Werte »Wahrheit« und »Freiheit«, um dann zu beklagen, dass diese heute in Gefahr geraten seien und dringend etwas zu unternehmen sei. Erst nach dieser freundlichen Einleitung kam Zola zur Sache, und zwar zur Enttarnung der antisemitischen Verschwörung, deren Opfer Dreyfus, der erste Jude im französischen Generalstab, geworden war.

Ein kleiner französischer Verlag (Indigène édition) hat diese Streitschriftenkultur wieder aufgenommen und eine ganze Reihe von Heften unter dem Motto »Die gegen den Wind marschieren« herausgebracht, die sich den Themen »Ungehorsam« und »Widerstand« widmen. Einen ungeheuren, den Verlag wohl überfordernden, Erfolg entfaltete in den letzten Monaten eine dieser kleinen Schriften in Frankreich. Der mit vielen Ausrufezeichen versehene Text »Indignez vous!« (»Empört euch!«) erreicht in unserem Nachbarland die Auflage von einer Million Exemplaren. Während in Deutschland Thilo Sarrazin auf den Kiosktresen aufgestapelt wird, ist es in Frankreich Stéphane Hessel. Damit sind die Franzosen bei weitem besser dran. Statt der verkniffenen Aggression Sarrazins erlebt der Leser bei Hessel einen sehr persönlich gehaltenen, anrührenden, freundlichen und optimistischen Text (»man muss immer hoffen«), der auf dem reichen Erfahrungsschatz des Autors beruht. Hessel, alt genug, um fast noch Zeitgenosse Zolas gewesen zu sein, belehrt nicht. Er erzählt und bietet Optionen an. Seine Empörung ist nicht so sehr emotional geprägt wie man vermuten könnte, als vielmehr vom Sartreschen Existentialismus beeinflusst. Davon, dass man sich für etwas entscheiden muss, um seine Individualität zu entfalten.

Hessel geht ähnlich vor wie Zola. Sein Bezugspunkt sind »die republikanischen Werte und Prinzipien« wie sie 1944 vom »Nationalen Widerstandsrat« (»Conseil National de la Résistance«) formuliert wurden, sowie dessen Programmatik für die Nachkriegszeit.

Umfassendes Sozialstaatsgebot und Kontrolle der Monopole, das war es, was man wollte, worauf man hoffte und es formal in Teilen auch erreichte. Die Einführung der Sozialversicherung und die 1945 erfolgte – heute teilweise rückgängig gemachte – Nationalisierung von Banken und Konzernen fanden damals statt. Eingang fand dieser Ansatz in die 1948 von der UNO verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die nicht nur politische, sondern auch kulturelle und soziale Rechte festschreibt.

Hessels vehemente Anklage richtet sich sodann gegen die Rechtlosigkeit der »Sans-Papiers« und der Roma, gegen die wahnwitzige Spaltung von Arm und Reich im eigenen Land und in der ganzen Welt, gegen die Selbstherrlichkeit des Finanzkapitals, über das jede Kontrolle verloren gegangen sei. Er konzediert, dass es ihm selbst immer leicht gefallen sei, Empörenswertes zu erkennen; die deutsche Besatzung, den Kolonialismus, den stalinistischen Terror. Seine ganz persönliche Empörung gelte heute den Zuständen im Gaza-Streifen, den er selbst mehrmals besucht habe.

So sehr Hessel für eine »insurrection pacifique«, einen friedlichen Aufstand plädiert, in diesem Fall mag er nicht verurteilen: »Ich denke, es ist offensichtlich, dass der Terrorismus unakzeptabel ist, aber man muss doch erkennen, dass, wenn man von einer unendlich überlegenen Militärmacht besetzt ist, die Reaktion darauf doch gar nicht gewaltfrei sein kann.« Die Erinnerungen an den hoffnungslosen Überlebenskampf der Gaza-Bewohner verfolgen ihn.

Sein Plädoyer für Gewaltlosigkeit argumentiert mit dem Effizienzkriterium. Terror und Gewalt seien auf Dauer einfach nicht geeignet etwas zu erreichen, schon gar nicht Demokratie, Freiheit und sozialen Fortschritt.

Thomas Willms ■

demokratie und Front National sehe. Aber „der FN ist keine durch die Republik verbotene Partei, (sonder) ein politischer Gegner". Deshalb müsse man ihn „demokratisch, mit politischen Mitteln" bekämpfen, ohne sich jedoch mit anderen Kräften „zusammenzuschließen, zu fusionieren". Die Grünen-Spitzenpolitikerin Cécile Duflot ihrerseits warf am Montag der UMP vor, in einer „totalen Konfusion gegenüber dem FN" zu stecken.

Ihrerseits rief Marine Le Pen am späten Sonntag Abend dazu auf, sich in einer Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Bürgerlichen der UMP der Stimme zu enthalten. Beide führten „dieselbe globalistische Politik" und teilten sich „seit 30 Jahren die Macht", die „Wahl zwischen diesen beiden" sei jene „zwischen Pest und Syphilis".

Im gleichen Atemzug beglückwünschte sie im Radiosender ‚Europe 1' den UMP-Parteivorsitzenden Jean-François Copé dazu, seine „weise Entscheidung" getroffen zu haben, nicht zur Wahl der Sozialdemokratie gegen jene des FN in den Stichwahlen aufzurufen. Seine Wählerschaft „hätte einen solchen Aufruf ohnehin nicht befolgt", mokierte sie sich, und bezeichnete Copés Position ferner als „ziemlich demokratisch (korrekt)".

Tabubrüche

In den letzten Wochen konnte die extreme Rechte in Frankreich unterdessen neue „Tabubrüche" zu ihren Gunsten verzeichnen, neue Grenzüberschreitungen, die noch unter ihrem alten Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen in dieser Form kaum denkbar gewesen wäre.

Am vorletzten Sonntag (13. März) sollte Marine Le Pen nunmehr erstmals beim jüdischen Radiosender ‚Radio J' im Studio zu Gast sein. Eine solche Einladung war ihrem Vater, Jean-Marie Le Pen, bisher stets verweigert worden. Manch kundige Beobachter sprachen deswegen sogar von einem „Tabubruch". Doch dann kam die Kehrtwende: Am Mittwoch, den 09. März wurde Marine Le Pen dort wieder ausgeladen, nachdem nicht wenige französische Juden sich empört gezeigt hatten. Zuvor hatte ihre Partei angekündigt, gegen zwei jüdische Organisationen – den Verband jüdischer Studierender in Frankreich (UEJF) sowie das Büro für Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus (BNCVA), welche die Einladung an die rechtsextreme Politikerin kritisiert hatten – Strafanzeige zu erstatten. Ihnen sei „Verleumdung" vorzuwerfen, da sie am demokratischen Charakter des FN respektive seiner Bekehrung zu „republikanischen Werten" öffentlich Zweifel angemeldet hätten. Die Ankündigung der Strafanzeige dürfte zu der Ausladung erheblich beigetragen haben. Auch der französische Zentralrat der jüdische Einrichtungen CRIF, dessen Führung seit gut zehn Jahren deutlich rechts (im konservativen Bereich) und auf einer strikt pro-isrealischen Regierungslinie angesiedelt ist, hatte die Einladung kritisiert.

Der für das „Forum" von Radio J verantwortliche Redakteur Frédéric Haziza rechtfertigte die Annullierung der Einladung mit den Worten, es sei unter den gegebenen Umständen nicht möglich gewesen, das Interview unter guten Bedingungen durchzuführen". Dennoch erklärte Haziza am 10. März ausdrücklich sein „Bedauern" über die erfolgte Ausladung. Der Front National reagierte auf die Ausladung von Marine Le Pen bei dem jüdischen Radiosender, indem er am selben Donnerstag, den 10. März bekannt gab, einen „Nationalen Zirkel der französische Juden" als Satellitenstruktur der Partei (wieder) zu gründen. Eine Struktur unter diesem Namen hat früher bereits einmal existiert, seit dem Jahr 1986, unter Anleitung des damaligen FN-Politikers Robert Hemmerdinger. Letzterer ist im Jahr 2004 verstorben. Hemmerdinger, Jahrgang 1918, war ein französischer (elsässischer) Jude, der zunächst Gaullist und gegen Nazideutschland kämpfender Militär im Zweiten Weltkrieg war, dann aber – wie so manche frühere Nazigegner aus den Jahren 1940-44 – während der Kolonialkriege und vor allem in der politischen Konstellation des Algerienkriegs auf die extreme Rechte überschwenkte. 1985 war er der Partei Jean-Marie Le Pens beigetreten, und hatte dies damals u.a. mit den Worten begründet: „Der Feind meines Feindes ist mein Feind! Und meine Feinde, das sind die Palästinenser". Jean-Marie Le Pen, führte er damals im Wochenmagazin ‚L'événement du jeudi' aus, sei „der einzige Politiker, der die Schließung des Büros der PLO in Paris fordert."

Nach dem Ableben Hemmerdingers, der zeitweilig (in den Jahren 1992/98) auch im Regionalparlament des Pariser Raums gesessen hatte, war es um seine Struktur völlig still geworden. Jetzt aber möchte der FN, aus (u.a. außen) politischen Gründen und um sich vom Vorwurf des Antisemitismus freizuschwimmen, den „Zirkel" wiederbeleben. Angeblich soll er zu Hochzeiten 1.000 Mitglieder gehabt haben, doch parteieigene Angaben und Zahlen sind beim FN immer mit hoher Vorsicht zu genieâen.

Bernhard Schmid, Paris ■

17. April 2011 in Buchenwald

Kundgebung zum 66. Jahrestag der Selbstbefreiung – Für breite antifaschistische Bündnisse gegen Nazis! – Für eine Welt ohne Krieg, Faschismus und Fremdenhass!

Wer keine Politik macht, mit dem wird sie gemacht. Diese Erkenntnis bewahrheitet sich tagtäglich — auch bei der Auseinandersetzung um regionale oder zentrale Naziaufmärsche.

Nur einem antifaschistischen Bündnis, das gezielt alle Demokraten in der Bevölkerung anspricht und einzubeziehen versucht, kann es gelingen, solche Zusammenrottungen der Faschisten zu verhindern, schon bevor sie sich in der Öffentlichkeit zeigen (dürfen).

Die politischen Häftlinge im Konzentrationslager Buchenwald zogen aus der historischen Niederlage der Antifaschisten und Linken 1933 den einzig richtigen Schluss, eine Spaltung der Bewegungen gegen die Nazis nicht wieder zuzulassen. Sie setzten nach ihrer Selbstbefreiung am 11. April 1945 auf ein Zusammenwirken all jener Kräfte, die Krieg und Faschismus mit ihren Wurzeln beseitigen und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit ohne rassistische Menschenverachtung aufbauen wollten.

Diese Vision einer neuen, solidarischen Gesellschaft wachzuhalten, ihr schon heute greifbare Konturen zu geben, sie in einer Welt zu leben, in der Fremdenhass, Kriegspropaganda und Faschismus noch erlaubt und als „Phänomene" einer „offenen" Gesellschaft geduldet werden — dies ist für alle Antifaschistinnen und Antifaschisten eine große Herausforderung. Ein erster Schritt auf diesem schweren und schwierigen Weg ist die konsequente Abwehr nazistischer Aktivitäten und Propaganda durch möglichst viele regionale Aktionsbündnisse. Dadurch wird das Vermächtnis der politischen Häftlinge des KZ Buchenwald am ehesten bewahrt, das ist aktives Erinnern:

Mit Bekennermut nazistischem Gedankengut entgegenwirken, mit Zivilcourage faschistische Angriffe auf Bürger/ innen abwehren, mit Engagement für eine Welt ohne Krieg, Faschismus und Fremdenhass kämpfen.

Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, Glocke vom Ettersberg, Nr. 201 ■

17. April, 13.30 Uhr Appellplatz Gedenkstätte Buchenwald, Gedenkveranstaltung des Internationalen Lagerkomitees Buchenwald-Dora (IKBD)

Pro Asyl: Aussetzung von Abschiebungen nach Italien erforderlich

Flüchtlinge – sowohl asylsuchende, als auch solche, die einen Schutzstatus bereits erhalten haben, leben in Italien großenteils im absoluten Elend und in Obdachlosigkeit. Die meisten werden nach spätestens sechs Monaten vom rudimentären italienischen System zur Unterbringung ausgespien und landen ohne jede Hilfe im Nichts. Dies belegt ein jetzt von PRO ASYL veröffentlichter Bericht „Zur Situation von Flüchtlingen in Italien".

Die Autoren, Maria Bethke und Dominik Bender, haben im Herbst letzten Jahres die Zustände untersucht – insbesondere in Rom. Sie sprachen mit Flüchtlingen, die in Abbruchhäusern und auf Brachflächen am Rande der Stadt lebten sowie mit Vertretern von UNHCR, den Kirchen und Nichtregierungsorganisationen. Das Ergebnis: Die Zustände sind großenteils menschenunwürdig. Betroffen sind auch viele, denen Italien irgendeine Form von Schutz und ein Aufenthaltsrecht gewährt. Die Knappheit an Aufnahmeplätzen führt dazu, dass selbst diese Schutzberechtigten in aller Regel sich selbst überlassen bleiben. Ohne Anspruch auf Wohnraum oder die Sicherung eines Existenzminimums finden sie sich in einem über viele Jahre hinweg währenden Überlebenskampf wieder.

PRO ASYL sieht die politisch Verantwortlichen in Italien in der Pflicht, endlich eine ausreichende Zahl an menschenwürdigen Unterbringungs- und Integrationsplätzen zu schaffen. Bis dahin sollte Deutschland darauf verzichten, Flüchtlinge, für deren Verfahren eigentlich Italien zuständig wäre, im Rahmen der sog. Dublin II-Verordnung nach Italien zurückzuschicken. 88 % der aus anderen EU-Mitgliedstaaten auf dieser Basis nach Italien Abgeschobenen landeten in den Jahre 2008 und 2009 nach offiziellen Angaben in der Obdachlosigkeit. In der Folge blieben gerade besonders schutzbedürftige Personen, darunter Frauen mit Kleinkindern, Jugendliche und Kranke nach ihrer Überstellung mangels Geldmitteln ohne Papiere.

Einige deutsche Verwaltungsgerichte sowie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte haben bereits Abschiebungen im Rahmen des Dublin-Systems nach Italien ausgesetzt. Der aktuelle Bericht belegt, wie dringend nötig diese Entscheidungen waren.

Und die Notwendigkeit für solche Entscheidungen wird weiter zunehmen, wenn man bedenkt, dass sich die Lage in diesem Jahr noch dramatisch verschärfen wird, weil allein bis zum heutigen Tage schon mehr Flüchtlinge in Italien angekommen sind als im gesamten Jahr 2010.

Presseerklärung proasyl 15. März 2011 ■

EU muss Libyen-Flüchtlinge aufnehmen!

Brüssel. Anlässlich des derzeit stattfindenden EU-Sondergipfels zu Libyen und Nordafrika erklärt die GRÜNEN-Europaabgeordnete Ska Keller, Mitglied im Innenausschuss:

„Die RegierungschefInnen der EU können sich eine Scheibe von der tunesischen Regierung abschneiden, die ihre Grenzen weiterhin offen hält und Flüchtlinge aufnimmt. Ich fordere die EU-Regierungschefs auf, die bestehenden Instrumente zum Schutz von Menschen vor humanitären Krisen zu nutzen. Spätestens jetzt ist es an der Zeit zu beschließen, libysche Flüchtlinge in die EU aufzunehmen, den GastarbeiterInnen die Rückreise in ihre Heimat zu ermöglichen und Tunesien und die anderen Aufnahmeländer bei der Erstversorgung zu unterstützen. Schließlich haben laut UNHCR und IOM bislang höchstens ein Fünftel der GastarbeiterInnen Libyen verlassen und zahlreiche libysche Flüchtlinge werden erwartet. Ich hoffe auch, dass die RegierungschefInnen sich die Resolution des Europäischen Parlaments zu Herzen nehmen."

Barbara Lochbihler, die Menschenrechtskoordinatorin der Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament erklärt:

„Jahrelang hat die EU eng mit den Machthabern in Tunesien, Ägypten und Libyen zusammengearbeitet, um afrikanische Flüchtlinge von Europa fernzuhalten. Den Krieg, den Gaddafi gegen die Opposition in Gang gesetzt hat, führt der libysche Staatschef auch mit von Europäern gelieferten Waffen. Das europäische Bündnis trägt also große Verantwortung. Die EU muss nun schnell und unbürokratisch handeln, um die flüchtenden Menschen zu schützen. 250.000 Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten aus Libyen halten sich derzeit in Tunesien und Ägypten auf. Die beiden Staaten müssen von der EU jede erdenkliche Hilfe erhalten, um die Menschen zu schützen.

Die EU-Staaten müssen zudem die 11.000 vom UN-Flüchtlingsrat registrierten Flüchtlinge, die auf ihrem Weg nach Europa in Libyen festsitzen, dringend retten, evakuieren und in Europa aufnehmen. Besonders schutzbedürftig sind jene, die aus Konfliktregionen wie Somalia oder Eritrea kommen, da sich deren Regierungen nicht um die Evakuierung kümmern. Zudem droht diesen Menschen in Libyen die Verfolgung, weil sie für Söldner Gaddafis gehalten werden. Von Angriffen auf ihre Unterkünfte und Mordanschlägen wird berichtet. Diese Menschen müssen Libyen sicher verlassen können. Es darf auf keinen Fall dazu kommen, dass sie im Mittelmeer abgedrängt und zurückgewiesen werden."

Pressemitteilung Ska Keller, MdEP 11.03.2011 ■

EU baut Türkei zum Vorposten der Flüchtlingsabwehr aus

Berlin. „Die EU baut die Türkei zum Vorposten der Flüchtlingsabwehr aus, obwohl das Land selbst ein Verfolgerstaat ist", kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drs. 17/4818). Als Konsequenz fordert Jelpke den Stopp des Rückübernahmeabkommens zwischen der EU und der Türkei. Die Abgeordnete weiter:

„Nach Angaben der Bundesregierung richtet die Türkei mit Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten derzeit sieben neue Aufnahme- und Abschiebezentren ein. Dass diese Flüchtlingslager der Aufnahme und der Vorbereitung der Abschiebung der Betroffenen dienen sollen, spricht Bände.

Zugleich muss die Bundesregierung einräumen, dass der Flüchtlingsschutz und das Asylverfahren in der Türkei meilenweit von europäischen Standards entfernt sind. Asylbewerber erhalten auch nach einer Anerkennung als Flüchtling durch den UN-Flüchtlingskommissar in der Türkei lediglich eine temporäre Aufenthaltserlaubnis. Das Ziel Ankaras ist offenkundig die schnellst mögliche Abschiebung der Betroffenen in ihre Herkunftsländer bzw. deren Umsiedlung in einen anderen Aufnahmestaat. Die Bundesrepublik ist nur in Ausnahmefällen bereit, sich an solchen Aufnahmeaktionen (‚Resettlement') zu beteiligen.

In der Türkei selbst sind nach Ansicht des jetzt veröffentlichten Fortschrittsberichts des Europäischen Parlaments fundamentale Grundrechte nicht gewährleistet. Weiterhin sind Menschen zur Flucht gezwungen, weil sie in ihren Menschenrechten verletzt werden. Auch vor diesem Hintergrund ist nun das Europäische Parlament gefordert, das Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und der Türkei zu stoppen."

Die Antwort der Bundesregierung steht auf meiner homepage zum download bereit: http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1867

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Diskriminierender Umgang mit der „Residenzpflicht" für Flüchtlinge

Stuttgart. Am Samstag, 12. März, fand die Konferenz „Refugees have a voi-

ce“ im DGB-Haus in Stuttgart statt. Diese Konferenz von und für Flüchtlinge in Baden-Württemberg widmete sich vor allem den Themen Unterbringung, Sozialleistungen, Residenzpflicht und Abschiebung. Sie wurde vom Flüchtlingsrat, der Rosa-Luxemburg- Stiftung und dem Verdi Migrationsausschuss organisatorisch und finanziell unterstützt. Unter den ca. 120 angemeldeten Personen befinden sich auch acht Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft „Witthoh“ im Landkreis Tuttlingen. Als einziger Landkreis in Baden-Württemberg verweigerte Tuttlingen den angemeldeten Teilnehmern für die Flüchtlingskonferenz eine Verlassenserlaubnis nach der sog. „Residenzpflicht“ für Flüchtlinge (§ 56 Asylverfahrensgesetz). Nach dieser bereits im Jahr 1982 eingeführten Regel dürfen Asylbewerber den ihnen zugewiesenen Landkreis nur auf Antrag bei der Ausländerbehörde verlassen. Beim Vorliegen legitimer Gründe müssen aber Verlassenserlaubnisse erteilt werden. Der zuständige Sachbearbeiter Frank Voss lehnte in diesem Fall die Teilnahme mit einer fadenscheinigen Begründung ab: Die Angemeldeten seien durchweg „Schwarzafrikaner“, die nur einen Teil der Bewohner der Unterkunft repräsentieren würden. In der Konsequenz wird nun aber niemand an dieser Konferenz teilnehmen können.

Respekt!
Kein Platz für Rassismus
www.respekt.tv

„Die Verweigerung der Verlassenserlaubnis ist aus unserer Sicht eine reine Willkürmaßnahme und sachlich nicht begründet“ so Andreas Linder vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. Der Kreis Tuttlingen ist der einzige Landkreis in Baden-Württemberg, der Verlassenserlaubnisse für diese Veranstaltung abgelehnt hat. Es gibt sogar einige Landkreise, die auf die dort sonst üblichen Gebühren für die Verlassenserlaubnis verzichtet haben.

„Dass die Lebensbedingungen auf dem „Witthoh“ sehr schlecht sind und dass die geografische Lage dieser Unterkunft offensichtlich die Flüchtlinge von der Gesellschaft und dem Zugang zu Sozialdiensten, Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten isoliert, ist bekannt. Sollte die Ausländerbehörde darauf abgezielt haben, dass möglichst wenig über den Umgang mit Flüchtlingen im Landkreis Tuttlingen bekannt wird, dann hat sie sich damit einen Bärendienst erwiesen.“ so Andreas Linder vom Flüchtlingsrat.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ■

Residenzpflicht wird aufgehoben!

Magdeburg. Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die in Sachsen-Anhalt wohnen, können sich künftig ohne Erlaubnis im ganzen Land bewegen. Die bisherige Beschränkung auf das Gebiet eines der früheren Regierungsbezirke wurde aufgehoben. Eine entsprechende Verordnung beschloss die Landesregierung in ihrer heutigen Sitzung. „Diese pragmatische Regelung bedeutet eine Erleichterung für die Betroffenen, aber auch eine Verwaltungsvereinfachung und Entlastung für viele Behörden und die Polizei“, erklärte Innenminister Holger Hövelmann. „Viele Flüchtlinge haben die bisherige Beschränkung als Schikane empfunden, und für die Durchführung des Asylverfahrens bot sie keine Vorteile.“ Asylbewerber müssen allerdings weiterhin in dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt wohnen, dem oder der sie zugewiesen wurden.

Nach dem Asylverfahrensgesetz des Bundes dürfen Asylbewerber den Bezirk der für sie zuständigen Ausländerbehörde (Landkreis oder kreisfreie Stadt) nur mit Erlaubnis verlassen. Die Länder können durch Verordnung jedoch größere Gebiete festlegen. In Sachsen-Anhalt können sich die Betroffenen seit 1995 jeweils im Gebiet der damaligen Regierungsbezirke frei bewegen.

Diese Beschränkung wird durch die neue Verordnung jetzt aufgehoben, Asylbewerberinnen und Asylbewerber können sich ohne Erlaubnis im gesamten Land vorübergehend aufhalten. In Sachsen-Anhalt galt diese Regelung bislang schon für die Inhaber einer ausländerrechtlichen Duldung; Asylbewerberinnen und Asylbewerber werden jetzt gleich behandelt.

Die Erleichterung gilt jeweils nach dem Ablauf der ersten drei Monate am Beginn eines Asylverfahrens, in denen die Betroffenen verpflichtet sind, in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Halberstadt zu wohnen.

Im Einzelfall kann für Personen, die zum Beispiel Straftaten begangen haben, die Bewegungsfreiheit durch Auflagen beschränkt werden.

Quelle: PM Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt ■

Diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen!

Die bundesweite Kampagne „Abolish!“ zur Abschaffung diskriminierender Gesetze gegen Flüchtlinge startet mit einem bundesweiten Aktionstag am 22. März 2011. Der Schwerpunkt des Aktionstages liegt auf der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.



„Viele Gesetze in Deutschland verletzen die Würde von unschuldigen Flüchtlingen“, kritisiert Salomon Wantchoucou von der Flüchtlingsinitiative Möhlau. „Wir leiden unter der Diskriminierung, zum Beispiel durch Lagerunterbringung, Essenspakete oder -gutscheine, Residenzpflicht, Arbeitsverbote, Abschiebungen und staatlichen Rassismus“.

Zusammen mit anderen Flüchtlingen und UnterstützerInnen initiierte er die Kampagne „Abolish discriminatory laws against refugees!“.

Am 22. März beim bundesweiten Aktionstag werden in 25 Städten in 13 Bundesländern Protestaktionen stattfinden.

Der Schwerpunkt des Aktionstages liegt auf der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), das derzeit massiv in der Kritik steht:

Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen laufen dagegen Sturm, da es für Lagerunterbringung, Sachleistungen wie Essenspakete und -gutscheine sowie eine minimale medizinische Notversorgung verantwortlich ist.

Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen erklärte das AsylbLG schlicht für verfassungswidrig und legte es zur Überprüfung dem Bundesverfassungsgericht vor. Die Fraktionen der Grünen und der Linken haben die Abschaffung des AsylbLG im Bundestag beantragt und selbst die Bundesregierung arbeitet an einer Reform, um einer Verurteilung durch das Bundesverfassungsgericht zu entgehen.

„Wir erleben derzeit einen historischen Moment: Das AsylbLG kommt nach 18 Jahren zum ersten Mal auf den Prüfstand und selbst seine Abschaffung liegt im Bereich des Möglichen“, erklärt Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Wir werden mit unserer Kampagne dafür kämpfen, dass dieses diskriminierende Sondergesetz für Flüchtlinge endgültig abgeschafft wird!“

Pressemitteilung der Kampagne Abolish!, 17.3.2011
Mehr Infos über: http://kampagne-abolish.info/ ■

Die LINKE kritisiert Abschiebepraxis in Niedersachsen

Hannover. DIE LINKE im Landtag hat die Abschiebepraxis des Landes Niedersachsen erneut scharf kritisiert. Anlass ist die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Fraktion, aus der hervorgeht, dass es im vergangenen Jahr insgesamt 532 Abschiebungen in Niedersachsen gegeben hat. Die meisten Personen wurden in das Kosovo (62) und in die Türkei (50) abgeschoben – doch auf der Liste der Zielländer befinden sich unter anderem auch Tunesien, Syrien, Nigeria, Marokko, Liberia, Kongo, Iran, Irak, Belarus, Algerien und Afghanistan. „Das sind alles Länder, in denen in den vergangenen Jahren schwere und schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen worden sind. Es ist ungeheuerlich, dass dorthin Menschen zwangsweise abgeschoben werden", sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann. Sie bezeichnete dieses Vorgehen als doppelzüngiges Verhalten: Man könne nicht in Sonntagsreden die Entwicklung von Demokratie und Menschrechten in diesen Ländern anmahnen, aber auf der anderen Seite Menschen dorthin abschieben und somit in Kauf nehmen, dass sie Folter und Gefängnis ausgesetzt werden. „Einmal mehr wird deutlich, dass Niedersachsen einen grundsätzlichen Wandel in der Flüchtlingspolitik benötigt", betonte Zimmermann.

Pressemitteilung Die LINKE Fraktion im Niedersächs. Landtag, 9.3.2011 ■

Münster bekräftigt Appell des Rates – Kosovo-Abschiebestopp des Landes NRW endet am 31. März

Münster. An die einstimmig gefasste Resolution des Rates für Roma und andere Minderheiten aus dem Kosovo erinnert am Stadthaus 1 in Münster ein Banner am Durchgang von der Klemensstraße auf den Platz des Westfälischen Friedens. „Keine Abschiebung in den Kosovo – Bleiberecht in Deutschland" lautete im Juni 2010 der Appell an die Landesregierung angesichts der drohenden Abschiebung von zirka 260 Menschen, die in Münster ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben. Zugleich ermutigte der Rat damals die Verwaltung, „alles im Rahmen des gesetzlich Möglichen zu unternehmen, um Abschiebungen in den Kosovo zu verhindern".

Viele Bürgerinnen und Bürger in Münster haben seitdem ihre Solidarität mit den betroffenen Migranten aus dem Kosovo zum Ausdruck gebracht. Nicht zuletzt steht dafür die „Aktion 302". Mittlerweile trat für NRW ein befristeter Abschiebestopp in Kraft. Der endet am 31. März, dann beginnt allein in Münster wieder für rund 250 Menschen die Zeit der Ungewissheit. Der Integrationsrat will das nicht hinnehmen. Auf seine Anregung hat der Hauptausschuss die Verwaltung beauftragt, die Resolution öffentlichkeitswirksam zu bekräftigen und bekannt zu machen. Die Resolution steht im Wortlaut unter www.muenster.de/stadt/pdf/resolution.pdf; ausführliche Informationen zur Problematik von Abschiebungen in den Kosovo enthält die Homepage www.aktion302.de.

Quelle: PM des Presse- und Informationsamtes der Stadt Münster, 11.3.2011 ■

Demo nach Suizid eines Flüchtlings

Niedersachsen. Ein 40-jähriger nepalesischer Flüchtling aus Meinersen (LK Gifhorn) hat sich am 1. März vor einen Güterzug geworfen und so selbst getötet. Die Identität des Mannes ist uns och nicht bekannt. Es liegt lediglich ein Bericht der örtlichen Zeitung vor.

Die Flüchtlinge aus dem Lager Meinersen riefen zu einer Protestdemonstration vor der Ausländerbehörde in Gifhorn (Schlossplatz 1) auf. Sie deuten den Suizid als Verzweifelungstat vor dem Hintergrund der vom Landkreis Gifhorn betriebenen, restriktiven Flüchtlingspolitik.

Die Flüchtlinge schreiben in ihrem Offenen Brief: „Der Landkreis Gifhorn macht uns Asylbewerbern sehr viel Stress und Druck. Manche von uns müssen alle 3 Tage zur Ausländerbehörde, um ihre Duldung zu verlängern. Bei jedem Gespräch droht uns die Ausländerbehörde mit Abschiebung. Herr R. sagt uns jedes Mal: in 3-4 Tagen wirst du abgeschoben. Diese 3-4 Tage können wir nicht ruhig schlafen und haben Angst, abgeschoben zu werden. Man erlaubt uns nicht, an antirassistischen Konferenzen teilzunehmen.

Man erlaubt uns nicht, der Öffentlichkeit zu berichten, was die Ausländerbehörde mit uns macht. Man erlaubt uns nicht, Psychotherapien zu machen. Man droht uns mit Abschiebung und Kürzung der Leistungen.

Es ist eine Katastrophe und Bestrafung für uns Asylbewerber im Landkreis Gifhorn … zu leben. Wir haben nicht nur einmal gegen diese Ausländerbehörde protestiert. Wir haben sehr oft versucht, der Öffentlichkeit zu berichten, dass es uns im Landkreis Gifhorn sehr schlecht geht. Wir haben gesagt, dass unsere Nerven das bald nicht mehr aushalten. Doch die Ausländerbehörde hat unsere Forderungen einfach ignoriert.

Liebe Freunde und Unterstützer, wir haben es satt, von der Ausländerbehörde schikaniert und am Ende als Betrüger abgestempelt zu werden. Wir müssen diesen andauernden Skandal beenden!!!!"

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 3.3.2011 ■

Reisefreiheit ohne weitere Rechte: Zur Situation und Selbstorganisation von MigrantInnen aus Bulgarien

Frankfurt. Die Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen, mit und ohne Papiere (MigrAr Frankfurt/Rhein-Main) lädt ein:

Freitag, 25. März, 19.30 Uhr, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Frankfurt

Seit dem 1.5.2007 ist Bulgarien – wie auch Rumänien – EU-Mitgliedsstaat, seitdem verfügen bulgarische – wie auch rumänische – Staatsangehörige über Reisefreiheit innerhalb der EU, zumindest zu touristischen Zwecken und sehr eingeschränkt auch zur Arbeitsaufnahme.

Angesichts der Armut und hohen Arbeitslosigkeit, die sich mit dem EU-Beitritt sowie durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise in vielen Teilen der südosteuropäischen Länder noch verschärft haben, versuchen mehr und mehr Menschen aus diesen Regionen, in Westeuropa ein besseres Einkommen zu finden. Wachsende MigrantInnen-Communities aus Bulgarien finden sich mittlerweile in den meisten deutschen Großstädten, auch in Frankfurt.

Sie sind zwar in der Regel nicht von Abschiebungen oder Ausweisungen bedroht, denn sie können sich (wiederholt) für drei Monate hier aufhalten. Aber sie haben keinen freien Zugang zum Arbeitsmarkt und schon gar nicht zu den hiesigen Sozialsystemen. Wer einen Job aufnehmen will, muss faktisch entweder ohne Genehmigung und damit auch ohne Sozialversicherung arbeiten oder schlägt sich mittels Gewerbeschein als „selbständige Ein-Personen-Subfirma" durch. Extreme Ausbeutung und Lohnbetrug sind häufige Folgen dieser Rechtlosigkeit und Scheinselbständigkeit (...)

In München gibt es mit der Initiative Zivilcourage sowie der Beratungsstelle „Sans Papier" von Ver.di zwei Projekte, die seit 2009 insbesondere mit selbstorganisierten MigrantInnen aus Bulgarien für gleiche Rechte und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen streiten. Wir haben für den 25.3. KollegInnen und Selbstorganisierte aus München eingeladen ...

MigrAr Frankfurt wird einleitend die eigene Beratungsarbeit der ersten Monate bilanzieren sowie in die rechtlich-soziale Situation der MigrantInnen aus Bulgarien in Deutschland einführen.

http//:migrar-ffm.de ■

Im Folgenden dokumentieren zwei Erklärungen aus der Friedensbewegung zu den Ereignissen in Libyen und der drohenden Kriegsgefahr. Zu Wort kommen: der Bundesausschuss Friedensratschlag (18. März), die deutsche Sektion der IPPNW (ebenfalls 18. März) und die VVN-BdA (20. März).

Am Abend des 17. März 2011 fasste der UN-Sicherheitsrat mit 10 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine möglicherweise weit reichende Resolution, in der die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, mit allen Mitteln, also auch militärischen, eine Flugverbotszone in Libyen zu errichten. Darauf verkündete Frankreich, „in wenigen Stunden" Libyen angreifen zu wollen (was inzwischen geschehen ist, die Red.). Die Reaktion aus Tripolis war anders: Der libysche Außenminister Mussa Kussa sagte, sein Land müsse als UN-Mitglied die Resolution des Sicherheitsrats „gezwungenermaßen" akzeptieren und verkündete ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen. Staatsführer Gaddafi drohte hingegen, er werde allen, die Libyen angreifen sollten, „das Leben zur Hölle machen". „Wenn die Welt verrückt wird, werden wir es auch. Wir werden zurückschlagen", sagte Gaddafi in einem Fernsehinterview laut AFP

Die Bundesregierung, die sich bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthalten hat, weil sie das Risiko einer Flugverbotszone für zu hoch hält, rudert inzwischen zurück. AFP meldete am Freitagnachmittag (18. März), die Regierung erwäge den Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen in Afghanistan, um die NATO in Afghanistan zu entlasten. Nötig wäre dafür jedoch ein Bundestagsmandat.



Die Stimme gegen den Krieg erheben

Flugverbotszone eskaliert Bürgerkrieg

Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Kassel/Berlin, 18. März 2011. Die jüngste Resolution des UN-Sicherheitsrats [UN-SR-Res. 1973 (2011)] enthält drei Merkwürdigkeiten:

Erstens wird der Arabischen Liga eine „wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit in der Region" zugeschrieben. Dies, nachdem Mitglieder der Liga zwei Tage zuvor in Bahrain eingefallen waren, um das despotische Herrscherhaus in seinem Kampf gegen friedliche Demonstranten zu schützen! Und nachdem vor knapp einer Woche eben diese Liga, die aus 22 Mitgliedstaaten besteht, mit gerade einmal 9:2 Stimmen (11 Staaten waren der Sitzung fern geblieben) sich für eine Flugverbotszone über Libyen ausgesprochen hatte.

Zweitens werden die Mitgliedstaaten und Regionalorganisationen (wie z.B. die NATO) ermächtigt, „alle notwendigen Maßnahmen" zu ergreifen, um Zivilpersonen vor Angriffen überall im Land, „einschließlich Benghazi" - zu schützen. Zugleich aber wird eine ausländische Besatzung jeglicher Art und in allen Teilen des Landes strikt ausgeschlossen. Wie die Durchsetzung einer Flugverbotszone ohne massive Eingriffe am Boden gelingen soll, bleibt vorerst das Geheimnis des UN-Sicherheitsrats. Uns scheint es wie die Quadratur des Kreises.

Drittens werden ein Waffenstillstand und ein Ende der Gewalt gefordert (Art. 1 der Res.). Damit sind alle libyschen Konfliktparteien gemeint. Wie verträgt sich diese Aufforderung aber mit der Ermächtigung zur militärischen Einrichtung einer Flugverbotszone, die offensichtlich nur gegen eine Partei gerichtet ist und eine andere unterstützt?

Brasilien, China, Deutschland, Indien und Russland haben sich im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthalten. Ihre Einwände gegen die Resolution betrafen vor allem die Praktikabilität der militärischen Maßnahme: Inwieweit ist es möglich, den Luftraum Libyens frei zu halten, ohne in einen Krieg mit der libyschen Luftwaffe und der libyschen Luftabwehr zu geraten?

Die Resolution verfährt nach dem Prinzip des „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass" – überlässt sie es doch den Staaten dieser Welt, wie sie nun mit der Resolution umgehen wollen. Jeder kann – keiner muss eingreifen.

Wir begrüßen ausdrücklich Deutschlands Enthaltung im Sicherheitsrat, die der deutsche UN-Botschafter Peter Wittig mit den „großen Risiken" begründete, welche die Implementierung des Beschlusses birgt. Die Wahrscheinlichkeit des Verlustes an Menschenleben „in großer Zahl" dürfe nicht unterschätzt werden, sagte er in der Sitzung. Aus diesen Gründen werden sich deutsche Streitkräfte nicht an den militärischen Maßnahmen beteiligen.

Es gibt Alternativen zum Kriegseinsatz. Die Resolution selbst enthält eine Reihe von Maßnahmen, die sofort zu ergreifen sind und die das Regime Gaddafi entscheidend schwächen würden (sie reichen von der Verhinderung von Waffenlieferungen bis zum Einfrieren von Vermögen konkret benannter Regierungsmitglieder und Militärs; siehe Art. 13 bis 23). Über weitere Vorschläge und Vermittlungsangebote von dritter Seite (wie z. B. Venezuelas oder der Afrikanischen Union) hat sich der Beschluss des UN-Gremiums unverständlicherweise hinweg gesetzt.

Der Friedensratschlag ist empört über die Leichtfertigkeit, mit welcher der UN-Sicherheitsrat Kriegsermächtigungen vergibt. Die Friedensbewegung ist aufgefordert, ihre Stimme gegen den Krieg zu erheben. An die befreundete Friedensbewegung Frankreichs hat der Friedensratschlag eine entsprechende Botschaft geschickt.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski, Kassel

Erklärung der IPPNW

18. März 2011. Als falsch kritisiert die IPPNW die Entscheidung des UN-Sicherheitsrates für eine Flugverbotszone über Libyen. Die Entscheidung ist die Fortsetzung der alten Einflussnahme und Stellvertreterpolitik des Westens gegenüber diesen Ländern und kein Bruch des Verhältnisses zu den nordafrikanischen Despotien.

Die IPPNW lehnt eine Flugverbotszone ab, die nur mit militärischer Gewalt durchzusetzen ist. Eine solche militärische Intervention wird den libyschen Konflikt auf eine internationale Ebene eskalieren und die Versuche einer friedlichen Verhandlungslösung des Bürgerkrieges in Libyen erheblich belasten. Sie wird zugleich alle humanitären Bemühungen, Hilfskorridore für die libyschen

Menschen und die im Land sich befindenden MigrantInnen einzurichten, erschweren oder sogar unmöglich machen.

Für Matthias Jochheim, neu gewählten Vorsitzenden der IPPNW, bleiben weiterhin entscheidend, „die internationale Durchsetzung verschärfter Sanktionen gegenüber dem libyschen Regime, wie das Aussetzen aller Ölimporte und der Stopp der Waffenlieferungen an das Land. Zudem ist es die humanitäre Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft, den von den Kriegen und Konflikten in der Region betroffenen Menschen sofortige und bedingungslose Hilfe zu leisten. Das bedeutet auch, Flüchtlinge aus der Region an den Grenzen nicht mehr abzuweisen sondern großzügig aufzunehmen."

Bereits am vergangenen Wochenende hatte sich die Mitgliederversammlung in einer Resolution entschieden gegen jegliche bewaffnete Intervention in dieser Region ausgesprochen:

„Wir fordern von der Deutschen Bundesregierung: Statt auf Flugverbotszonen, die nur mit militärischer Gewalt durchzusetzen wären, ist auf einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen nach Nordafrika zu dringen. Durch wirtschaftliche Restriktionen, sowie durch gewaltfreie, diplomatische Maßnahmen, z. B. Aussetzen der Ölimporte, ist geeigneter Druck auf die Machthaber in Libyen zu Gunsten einer Verhandlungslösung des Bürgerkriegs auszuüben.

Alle demokratischen Transformationsprozesse sind zu fördern.

Das Problem der autoritären Regierungen, die von den Volksbewegungen ins Wanken gebracht oder schon gestürzt wurden, liegt wesentlich in der jahrzehntelangen Einflussnahme des Westens und seiner Stellvertreterpolitik begründet. Deswegen warnen wir vor geplanten militärischen Interventionen als einer Fortsetzung dieser Politik mit unabsehbaren Folgen.

Die IPPNW unterstützt die Forderungen von Menschenrechtsgruppen, Flüchtlingen aus der Bürgerkriegsregion und gestrandeten afrikanischen MigrantInnen unverzüglich und ohne Restriktionen Schutz zu gewähren und sie europaweit aufzunehmen. **Das** ist die humanitäre Verpflichtung Europas."

Erklärung der VVN-BdA zum Krieg gegen Libyen

Die Erhebung der Menschen in Nordafrika und anderen arabischen Ländern gegen korrupte Regimes und antidemokratische Herrscher-Clans werden von allen demokratischen Kräften unseres Landes unterstützt.

Die VVN-BdA hofft, dass es den Völkern gelingt, alte Machtstrukturen zu beseitigen und ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Durch militärische Einmischung von NATO-Staaten wurde jetzt die Situation verschärft, ja sogar ein internationaler Krieg angezettelt.

Das findet unseren entschiedenen Widerspruch. Dieser Krieg ist kein Krieg für Menschenrechte. Deutschland sollte sich auf die Verpflichtung besinnen, sich jeder Kriegshandlung zu enthalten. Die Stimmenthaltung Deutschlands im UN-Weltsicherheitsrat über die Frage des Kriegseinsatzes gegen Libyen könnte ein Anfang zur Umkehr sein.

Wir fordern: Schluss mit dem deutschen Waffenexport!

Es sollte allen Flüchtlingen aus Nordafrika Asyl im Bereich der EU gewährt werden. Alle Bemühungen zu einer Verhandlungslösung sind zu unterstützen. Wir fordern den sofortigen Schluss der kriegerischen Intervention gegen Libyen.

Bundesausschuss der VVN-BdA, Magdeburg, 20.3.2011

Die ersten beiden Erklärungen haben wir der Webseite des Friendensratschlags entnommen, hier finden sich auch Erklärungen der französischen und englischen Friedensbwegung: http://www.ag-friedensforschung.de/ ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Guttenberg – die Rechten beschweren sich

Junge Freiheit Nr. 11/11 vom 11. März 2011

Die Redaktion des Blattes hatte zu Guttenbergs Rücktritt begrüßt (siehe letzte Ausgabe der Antifa-Nachrichten) – und den Protest der Leserschaft geerntet, so dass es nun erklären muss, wie der konservative Wähler gestrickt ist. Selbst dieser guckt nicht nach Inhalt, sondern – wie andere Konsumenten – nach der Verpackung. Das Blatt berichtet: „Wer deutliche Kritik las, wo er Solidarität mit dem Stürzenden erwartet hätte, reagierte ungehalten." Die Schlussfolgerung des Blattes ist, dass auch auf der Rechten beachtet werden müsse, wie sich Populismus verpacke und wie sich das Gefühl ansprechen lasse – also hübsche junge miniberockte Frauen, schöne modische Männer, die das wohlhabende Klientel ansprechen.

Und mal wieder kommt die Überfremdung

Junge Freiheit Nr. 11/11 vom 11. März 2011

Der Chefredakteur sorgt sich mal wieder um die Zukunft. Europa sei „biologisch ermattet", und nun droht die Überschwemmung mit jungen Männern aus Afrika und Asien. Und statt darüber zu diskutieren, wie nun die europäischen Frauen wieder zum Kinderkriegen getrieben werden könnten, diskutiere die Politik über die Frauenquote und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieter Stein wünscht sich die Mutter als Vorbild – von Selbstbestimmung der Frau und ihrer Menschenwürde findet sich in seinen Vorstellungen keine Spur.

Das Blatt braucht die Kernenergie

Junge Freiheit Nr. 12/11 vom 18. März 2011

Das schwere Unglück im Atomkraftwerk Fukushima I bewegt das Blatt zu mehreren Artikeln über „Das Ende der Kernenergie?" – Diese positionieren sich für und wider die Nutzung der Atomkraft, beschwören die „Allianz zwischen Mensch und Natur", sprechen sich aber im Wesentlichen dafür aus, die Nutzung weiterzuführen und entwickeln, das Bündnis mit den Energieunternehmen zu suchen.

Chefredakteur Dieter Stein bringt es auf den Punkt: „Kernkraft wird sich realistischerweise genauso wenig wie Nuklearwaffen vollständig bannen lassen, denn von diesen hängt ab, wer unter den Großmächten souverän ist, also über Krieg und Frieden entscheiden kann." Er kritisiert vorangegangene Bundesregierungen für ihren Ausstieg aus der Kernkraft – allem Anschein nach ist das Blatt noch immer interessiert am Krieg – und sei es mit Nuklearwaffen. *weiter auf Seite 16*

Die Zerstörung ist für die Rechte die Bedingung des Fortschritts – diese menschenverachtende Position zieht sich auch durch ihre Vorstellungen zur Kernkraft.

uld ■

ZUERST!: Unter neuer Leitung noch weiter nach rechts?

Nach nur 15 erschienenen Ausgaben wechselt bei ZUERST der Chefredakteur. Dr. GÜNTHER DESCHNER wird abgelöst von MANUEL OCHSENREITER, der seit Erscheinen des Magazins ständiger Mitarbeiter war. Die Mitteilung über den Wechsel ist dürr und stellt die Ablösung als natürlichen Vorgang dar: „Mit dem Generationswechsel in der Chefredaktion von ZUERST! verbinden Redaktion und Verlag ihren Dank an den kurz vor Erreichen seines 70. Geburtstages ausgeschiedenen Gründungs-Chefredakteur Dr. Günther Deschner. Für uns war es wertvoll, daß er seine reiche journalistische Erfahrung in die Startphase unseres Nachrichtenmagazins eingebracht hat." Ein wenig erinnern diese dürren Worte an das Arbeitszeugnis für einen ehemals wichtigen Beschäftigten, von dem man sich in beiderseitigem Einvernehmen getrennt hat, weil er nicht das erreicht hatte, was von ihm erwartet wurde – herzlich klingt jedenfalls anders. Möglicherweise hat die Trennung vom bisherigen Chefredakteur auch damit zu tun, dass nach wie vor kaum Fremdanzeigen in dem Magazin veröffentlicht werden. Werbung gibt es praktisch ausschließlich entweder für die Bücher der Schwesterverlage und einiger weniger österreichischer Rechtspublikationen. Da ein so aufwändiges Magazin wie ZUERST! aber zwingend auf Anzeigen angewiesen ist, um finanziell einigermaßen gesund existieren zu können, lässt der Mangel an bezahlter Werbung darauf schließen, dass es mit dem angeblichen Erfolg so weit nicht her sein kann.

Bleibt die Frage, ob der Wechsel an der Spitze inhaltliche Auswirkungen haben wird. Zumindest ist in der vorliegenden Märzausgabe festzustellen, dass verstärkt „kapitalismuskritische" Beiträge veröffentlicht werden: ROBERT DIEHL beschreibt unter dem Titel „Machtzentrum Gütersloh" kritisch aber vollkommen korrekt die Bertelsmann Stiftung und ihre wichtige Rolle bei der Entwicklung neoliberaler Politik in der Bundesrepublik, BERNHARD RADTKE setzt sich mit der Privatisierung öffentlicher Infrastrukur am Beispiel der Autobahnen auseinander und kommt zu dem Schluss: „Alles gute Gründe gegen die Privatisierung. Sie flankieren letztlich aber nur grundsätzliche Einwände, die der staatlichen Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit entspringen".

Selbst „antiimperialistische", d.h. in diesem Fall US-kritische Stimmen werden laut: HARALD NEUBAUER, vom Vorgängerorgan „Nation & Europa" übernommenes rechtes Urgestein, stellt fest: „An der amerikanischen Hegemonialpolitik hat sich unter Obama so gut wie nichts verändert". Und FALK TIEDEMANN macht sich Gedanken über die „Vormachtstellung der ‚einzigen Weltmacht'", nicht ohne anzumerken, wer seines Erachtens wirklich das Sagen in Washington hat: „Mit Obamas Personalentscheidungen kann die Wall Street also genauso gut leben wie die Republikaner. Auch in Israel, dem wichtigsten Verbündeten der USA, ist man zufrieden. Zwar sorgte sich die Jerusalem Post zunächst um den ‚jüdischen Exodus' aus dem Weißen Haus, denn neben Summers und Emanuel nehmen auch Obamas Chefberater David Axelrod, Vizepräsident Joe Bidens Stabschef Ron Klain sowie Michelle Obamas Stabschefin Susan Sher künftig andere Aufgaben wahr. Wenigstens habe man aber mit Gene Sperling einen ‚Nachrücker'. Und was William Daley anbelangt, ließ sich die Zeitung von zwei prominenten Vertretern der jüdischen Gemeinschaft Chikagos bestätigen, daß dieser sehr ‚enge Verbindungen' pflege und als ‚guter Freund' anzusehen sei." Dass die Kritik an den USA auf purem Futterneid (oder, anders ausgedrückt, imperialistischer Konkurrenz) beruht, machen die beiden Schlusssätze des Beitrages deutlich: „Wenn die USA aber ihren ausufernden Konsum nicht mehr so leicht auf Kosten anderer Völker finanzieren können, könnte es mit der ‚global leadership' schneller zu Ende gehen, als die Chefstrategen im Weißen Haus es sich träumen lassen. Für Deutschland und Europa wächst dann neue Hoffnung auf einen eigenständigen Weg in die Zukunft."

Die Vermutung, das der neue Chefredakteur Ochsenreiter weiter rechts zu verorten ist als sein Vorgänger Deschner, erhält Nahrung auch durch seinen Beitrag zur „Charta der Heimatvertriebenen" aus dem Jahr 1950. Darin beschreibt er u.a., was der „Verzicht auf Rache und Vergeltung", den die revanchistischen Vertriebenenfunktionäre großmütig postulierten, für Polen und dieTschechoslowakei bedeutete: „Während überall in Europa Nationalitätenkonflikte oftmals eskalierten, hielten die deutschen Vertriebenen stets die Füße still. Als im Baskenland Bomben detonierten, in Nordirland die IRA Sabotageakte gegen britische Kontrollpunkte verübte und in Südtirol die deutschen ‚Bumser' den italienischen Carabinieri heftig zusetzten, feierten die ostdeutschen Vertriebenen mit Blasmusik und schlesischem Streuselkuchen ihr ‚Recht auf Heimat' – stets völlig gewaltfrei. Kein Pole und kein Tscheche brauchte sich jeweils ernsthaft Sorgen um Leib und Leben zu machen, als in den 1950er Jahren der Eiserne Vorhang noch so durchlässig war, daß problemlos Sabotagetrupps aus Restdeutschland hätten einsickern können.... Ohne die Sprengstoffanschläge der 60er Jahre in Südtirol hätte es keine Autonomie gegeben. Erst in der Folge war Italien gesprächsbereit. In Irland und im Baskenland wurde der jeweilige parteipolitische Arm der bewaffneten Untergrundbewegungen zur festen politischen Größe und saß mit an den Verhandlungstischen, wenn es um Autonomierechte ging. Von solchen Entwicklungen blieben Polen und die Tschechoslowakei verschont".

Abgesehen davon, dass Ochsenreiter belegt, dass es offensichtlich eine richtige Entscheidung war, die deutsche Bevölkerungsgruppe umzusiedeln, um Terror und Bürgerkrieg zu verhindern und auch abgesehen davon, dass der Chefredakteur mit diesen Zeilen beweist, wes Geistes Kind er ist, vergisst er eines: In den Jahren zwischen 1950 und ca. 1970, also in der Hochphase des kalten Krieges, war eine solche Gewaltpolitik weder von der Bundesregierung noch von den Westmächten gewollt, weil sie einen Krieg bedeutet hätte. Schutzmacht Polens und der Tschechoslowakei war nämlich die Sowjetunion – und die setzte dem deutschen Revanchismus Grenzen.

tri ■